

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tagesblatt Riesa,
Bernauer Str. 20,
Postfach Nr. 82.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1830,
Kontoklasse:
Riesa Nr. 82.

Nr. 81.

Mittwoch, 6. April 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Untertrens von Produktionsverhältnissen, Schwankungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemühter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorab durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachzahlung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jangse & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Postfach 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Die dritte Lesung des Reichsetats im Eiltempo.

Die Schlußabstimmung über den Reichshaushaltsplan auf Mittwoch vertagt.

Deutscher Reichstag.

1927, Berlin, 5. April.

Im Reichstage wurde heute die Kommission für das Kohlen-Rückum in Dresden gebildet. Beim Etat des Arbeitsministeriums wurden 50 Millionen Mark für produktive Erwerbslosenfürsorge getrieben, 25 Millionen Mark für Arbeitsbeschäftigung neu eingelegt, bezw. 72 Millionen Mark Reichbeitrag für die Invalidenversicherung. Die unterstützende Erwerbslosenfürsorge wurde von 200 auf 450 Millionen Mark erhöht. Im Ernährungshandelt wurden die Beihilfen für bäuerliche Wirtschaftsprüfung in 1,9 Millionen Mark wieder hergestellt und 700 000 Mark zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen bewilligt.

3. Lesung des Etats 1927.

Abg. Dr. Giffert (Soz.) ist überzeugt davon, daß die Deutschnationalen ihren Monarchismus aufgegeben und die Weimarer Verfassung anerkannt haben, um in die Regierung einzutreten zu können; denn etwas anderes bedeutete die Annahme der Marx'schen Richtlinien nicht. Er glaube nicht mehr an die Treue der Deutschnationalen zu den Hohenzollern, aber auch nicht an ihre Treue zur Republik. Der Volkspartei stehe ihr Zusammenschluß mit den Deutschnationalen in Steuer- und Wirtschaftfragen viel höher als ihr immer deutlicher werdender Sozialismus. Die Sozialdemokraten lehnen den Etat ab als Protest gegen den Parlamentarismus und als Protest gegen die Einseitigkeit (Weisung d. d. Soz.).

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt es für unwahrscheinlich, daß die Regierung bei der dritten Lesung des Etats nicht vollständig zur Stelle sei, und beantragt Verzögerung. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Abg. Torgler (Komm.) weist darauf hin, daß Dr. Giffert vor einem halben Jahr dem Etat Dr. Reinhold zugestimmt habe. Reinhold sei doch auch für diesen neuen Etat verantwortlich. Die Ablehnung des Etats durch die Sozialdemokratie habe nichts zu bedeuten, bald würden sie sich wieder zur Regierung drängen. Die Kommunisten lehnten diesen Klassenetat des Bürgerblocks ab (Weisung d. d. Komm.).

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangt Klarheit und Durchsichtigkeit des Etats und wünscht seine Befriedigung darüber aus, daß die Regierungsparteien einen Antrag vorlegten hätten, dessen Gedanken sie dem demokratischen Antrag entlehnt hätten. Trauria sei es, daß sich an dem Finanzetat seit 1919 nichts geändert habe. Deshalb sei es falsch, ihn auf zwei Jahre zu verlängern; die Demokraten verlangten eine Verkürzung auf ein Jahr, damit recht bald in einem endgültigen Finanzetat die Steuern und Gemeindefinanzen das Steueranspruchsrecht und damit die Selbstverantwortung geben werde.

Der Redner bespricht dann die Frage des Konfords. Seine Partei habe sich über Dr. Stresemanns Erklärung gefreut, aber die Freude sei von kurzer Dauer gewesen, denn Dr. Stresemann habe seine Rede hinterher gleich wieder dementiert. Die Rede sei eben nur gehalten worden, um zu verhindern, daß seine Parteimitglieder in Scharen davonlaufen, weil sie fürchten, daß in dieser Koalition der Kulturliberalismus Schaden leide. Die Demokraten wollten deshalb der Volkspartei Gelegenheit zu klarer Stellungnahme geben und legten eine Entschließung vor, die klar ausspreche, daß der Reichstag kein Konfordat und keine Beschränkung seiner Schulgesetzgebung wolle (Weisung d. d. Dem.).

Abg. Dr. Dredt (Christl. Soz.) erklärt, dieser Etat erwecke größte Bedenken, denn er zeige, daß die Verlegung des Regierungsschwerpunktes von links nach rechts nicht geändert habe. Von Sparmaßnahmen sei nichts zu merken. Deshalb lehne die Wirtschaftliche Vereinigung diesen Etat rundweg ab.

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) verlangt die Festsetzung der Dawes-Gesetze. Mit Rücksicht auf die Blauen Entschlüsse fordert der Redner den Rücktritt Dr. Stresemanns (Weisung d. d. Nat.-Soz.).

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Die Hausarbeiten des Reichspräsidenten und des Reichstags werden ohne weitere Debatte angenommen, ebenso der Haushalt des Reichsministeriums und des Reichsanwalterats.

Haushalt des Auswärtigen Amtes

Abg. Stöcker (Komm.) die Verbeihaltung des Ministers Dr. Stresemann. Der Völkerverbund sei nur das Werkzeug der Imperialisten Europas.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt die Beratungen zu unterbrechen, bis Dr. Stresemann erseheue. Min.-Dir. Schneider teilt mit, der Minister sei auf dem Wege zum Reichstag. Die Sitzung wird daraufhin unterbrochen.

Nach sieben Minuten erscheint Minister Dr. Stresemann im Saal. Die Sitzung wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Dredt (Christl. Soz.) nennt den Blauen Prozeß einen Skandal. Die Deutschnationalen händen mit der Rede gegen Stresemann in einem verdächtigen Zusammen-

hang. Der Redner fragt nach der Stellung des Ministers zum Konfordat, nach dem Stand der albanischen Angelegenheit und nach dem vom Abg. Stöcker erwähnten Waffenlieferungen. Trotz aller Sympathie für den chinesischen Freiheitskampf könne man die Kanton-Regierung nicht anerkennen, da das chinesische Volk selbst diese Regierung noch gar nicht anerkenne. Proteste würden China nichts nützen, und aber schaden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann entschuldigt sein spätes Erscheinen mit Verhandlungen mit Saarländern und mit dem Antrittsbesuch eines Gesandten. Er erklärt ferner: In der Konfordatsfrage besteht keine Differenz zwischen dem Außenminister und dem Vizepräsidenten Dr. Stresemann. Ich habe, so erklärt der Minister, gegenüber der Forderung einer grundsätzlichen Ablehnung eines Konfordats erklärt, daß es sich hier um eine ganz andere Situation handle, nachdem einzelne Länder Konfordate bereits abgeschlossen haben oder vorbereiten. Ich habe gebeten, die Sache leidenschaftslos zu behandeln und die weitere Entwicklung in Preußen abzuwarten. Meine Erklärungen decken sich mit der feinerzeitigen Erklärung der Reichsregierung.

Dr. Stresemann erklärt weiter, daß er im gegenwärtigen Augenblick über die albanische Frage öffentlich nicht sprechen könne. Es finden gegenwärtig Verhandlungen statt über eine Regelung, die die Sicherheit geben soll, daß der Frieden zwischen den beiden beteiligten Mächten nicht gefährdet wird, und daß die albanische Unabhängigkeit sichergestellt wird. Wir sind über diese Besprechungen unterrichtet, und ich bin bereit, im Auswärtigen Amt auch Auskunft zu geben, soweit das möglich ist. Dasselbe gilt von der chinesischen Frage. Waffenlieferungen nach China im Einverständnis mit der Reichsregierung haben nicht stattgefunden.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) führt Klage darüber, daß der Reichsanwalt und der Außenminister dem Schriftsteller Georg Brandes zu seinem 80. Geburtstag gratuliert haben, obwohl er ein Deutschfeind sei.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) vermißt eine klare Stellungnahme Dr. Stresemanns in der Konfordatsfrage.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann erwidert, die ganzen Verhandlungen in dieser Frage befinden sich noch im Anfangsstadium der Reife. Er sei daher nicht in der Lage, eine amtliche Erklärung dazu abzugeben. Aus seiner persönlichen Auffassung mache er kein Hehl. Nachdem mit Banern ein Konfordat abgeschlossen sei und vielleicht auch mit Preußen ein zustande käme, sei er der Meinung, daß man auch ein Reichskonfordat abschließen solle. (Beif. Groß! Groß! links.) Es ist jedenfalls wünschenswert, daß über gewisse Rahmenbedingungen auch das Reich die Entscheidung trifft. Die Zielsetzung in einzelnen wird davon abhängen, welchen Inhalt diese Abmachungen haben werden.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes wird erledigt. Es folgt der

Haushalt des Reichsministeriums des Innern.

Beim Etat des Innern meint Abg. Gollmann (Soz.), Stresemanns Wohnadresse stimme überein mit der demokratischen Entschließung, für die die Sozialdemokratie stimmen würde. Der Klassencharakter dieses Inneneats gehe aus der Streichung der Summen für Junglehrer, Sport, Kinderpflege, Studentenhäuser hervor, während für christliche Organisationen und Technische Nothilfe Geld da sei.

Reichsfinanzminister Dr. Brücker: Die Pflege des kulturellen und Hauptaufgabe der Länder sein; deshalb müssen auch die Länder die Mittel aufbringen. Die Sorge für die Junglehrer ist reine Ländersache (Beif. Widerspruch links). In das Gebiet der Länderaufgaben sollte man nicht mit Reichsbeiträgen eingreifen. Für das Hygiene-Museum in Dresden soll ein Weg gesucht werden, der es ermöglicht, für den Bau im Rahmen der im Etat stehenden allgemeinen Mittel eine Beihilfe zu gewähren. (Beif. bei d. Mehrheit.)

Abg. Rosenbaum (Komm.) verlangt Redefreiheit für Kommunisten in Bayern.

Abg. Dr. Rühl (Dem.) bittet für das Hygiene-Museum in Dresden wenigstens 500 000 Mark einzusetzen, nachdem man die zuerst eingelegte eine Million getrieben habe. Im Ausland würde es unangenehmes Aufsehen erregen, wenn man sehen müßte, daß Deutschland so armig sei, daß es nicht diesen Betrag für einen so wichtigen Zweck aufbringen könnte.

Abg. Schmidt-Ruppin (Soz.) beantragt Streichung der Mittel für die Technische Nothilfe.

Abg. Mühlmann (Dem.) verweist auf die Not der Junglehrer. Man solle wieder, wie im Vorjahre, sechs Millionen für die Junglehrer einsetzen.

Abg. Sparrer (Dem.) fordert Bereitstellung von zwei Millionen Mark für die Juppel-Edener-Spende.

Abg. Schwenke (Soz.) schildert ebenfalls die große Not der Junglehrer.

Die Abstimmungen werden zurückgestellt. Es folgt der

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Berg (Komm.) wirft dem Arbeitsminister ein feindseliges Verhalten vor.

Der Rest des Arbeitsetats wird angenommen, ebenso der Etat der besetzten Gebiete.

Im Ernährungshandelt werden auf Antrag der Regierungsparteien die Beihilfen für bäuerliche Wirtschaftsprüfung mit 1,9 Millionen wiederhergestellt, 700 000 Mark zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen neu bewilligt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die Rinderpestung mit fünf Millionen wiederherzustellen, wird in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 170 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Auf Antrag der Regierungsparteien werden nur vier Millionen für diesen Zweck bewilligt.

Die bei der zweiten Lesung gleichfalls getriebenen 1,1 Millionen für Kredite an die Treibberingsschlösser usw. werden wieder eingesetzt.

Der Rest des Etats wird angenommen.

Beim Verkehrsetat wird ein demokratischer Antrag, 2 Millionen für den Juppelbau zu bewilligen, abgelehnt. Der Etat wird angenommen.

Beim Beihretat werden zahlreiche kommunistische Streichungsanträge abgelehnt. Der Etat wird angenommen.

Bei Beratung des Postetats befragt sich Abg. Torgler (Komm.) über ungesunde Dienstgebäude.

Der Postetat wird angenommen, ebenso der Etat des Wirtschaftsministeriums.

Zum Versorgungshandelt

legen eine Reihe von Anträgen für die Versorgung der Kriegsgesellen vor.

Abg. Frau Meise (Soz.) begründet die Ausschussvor schläge: Die Erlangung der Altersrente soll erleichtert werden. In einer Entschließung fordert der Ausschuss ferner eine Novelle zum Versorgungsgesetz. Darin sollen die Renten verbessert, den Hinterbliebenen Selbstbestimmung und Berufsausbildung gewährt werden.

Abg. Frau (Soz.) berichtet über die Annahme einer sozialdemokratischen Entschließung, im Kriegsdienstausgang die Kriegsgesellenversorgung um 150 Millionen zu verstärken, die dann vom Haushaltesministerium abgelehnt wurde.

Beide Ausschüsse beantragen aber gemeinsam eine Entschliessung, Kriegsgesellen oder sonst schwer lebenden Kriegsteilnehmern und ihren Hinterbliebenen im Wege des Härteausgleichs zu helfen, selbst wenn der ursprüngliche Zusammenhang zwischen dem Weiden und dem Weltkrieg nicht ausreichend nachgewiesen ist.

Haushalt des Ernährungsministeriums

Schwerer ist Abg. Frau Bohm-Schub (Soz.) über die Streichung der Rinderpestungen in Höhe von fünf Millionen bei der zweiten Lesung. Ein Punkt sei es, daß die Regierungsparteien jetzt vier Millionen wieder einsetzen wollten. Rednerin beantragt fünf Millionen.

Die Abstimmungen zu den Etats des Ernährungs- und des Verkehrsministeriums werden zurückgestellt.

Beim Beihretat

Abg. Griebburg (Komm.) den Sozialdemokraten die Verantwortung für das Reichswehrkrise zu.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, der Sportklubbund sei an der Entwicklung der Reichswehr schuld. Die ablehnende Haltung der Kommunisten könne doch wohl nicht so grundsätzlich sein, sie könnten doch z. B. die Verabschiedung der Sportklubgratanten für die Reichswehr nicht ablehnen. (Beif. links.)

Darauf werden die zurückgestellten Abstimmungen nachgeholt.

Auf Antrag der Regierungsparteien wird im Etat des Innern eine Million zur Förderung des Turn- und Sportwesens wieder eingesetzt, für die Studentenbeihilfe 500 000 Mark, für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche 500 000 Mark. Für die Junglehrer enthält der Etat 25 Millionen. Erhöhungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten werden abgelehnt. Die Regierungsparteien beantragen Streichung des ganzen Titels.

Dieser Streichungsantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 183 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen (Beif. links).

Auch die Million für das Hygiene-Museum in Dresden wird in namentlicher Abstimmung mit 248 gegen 182 Stimmen bei einer Enthaltung getrieben.

Damit ist auch der Antrag Rühl erledigt, wonach wenigstens 500 000 Mark für diese Postion gefordert wurden.

Der Rest des Inneneats wird angenommen.

Beim Etat des Arbeitsministeriums werden auf Antrag der Regierungsparteien 50 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge getrieben, 25 Millionen für Arbeitsbeschäftigung neu eingesetzt. Neu eingesetzt ferner 72 Millionen Reichbeitrag für die Invalidenversicherung. Die unterstützende Erwerbslosenfürsorge wird von 200 auf 450 Millionen erhöht.

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) beantragt eine grundlegende Revision des Versorgungsgesetzes und eine erhebliche Rentenerhöhung.

Abg. Redner-Roth (Soz.) befürwortet die Ausschussentschließung.

Die Reichsbeamten (Nat.-Soz.) beantragt die Erhöhung der von den Reichsbeamten beantragten 200 Millionen im Ausmaß.
Herr Kappeler (Soz.) erklärt, die Regierungsparteien seien nur etwa, das für die Kriegsveteranen etwas geschehen müßte, jedoch es möglich sei. Der Finanzminister habe jedoch erklärt, man könne erst im Sommer dazu Stellung nehmen. Er habe eine Kopie zum Verfertigen des Gesetzes verfertigt, und die Regierungsparteien vertragen seinem Wort (Detail bei der Reichsversammlung, Baden Karls).
Herr Kappeler (Soz.) bleibt dabei, die Regierungsparteien hätten im Ausmaß ihre eigene Entscheidung nicht geteilt. (Östl. Östl. links).
Auf Antrag der Regierungsparteien werden die Kriegsbekämpfungskosten von 648,9 auf 649,9 Millionen, die Kriegsbekämpfungskosten von 11,9 auf 17,9 Millionen erhöht. Die Kriegsbekämpfungskosten und der Kriegsdienst sind worden angenommen.
Ein sozialdemokratischer Antrag auf Verbesserung der Kriegsveteranen wird in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 187 Stimmen abgelehnt.
Die von den Sozialdemokraten beantragten 100 Millionen zur Verbesserung der Kriegsveteranen werden mit 211 gegen 184 Stimmen abgelehnt (Östl. Östl. links).
Die Väter der Reichsbeamten und des Finanzministeriums werden ohne Ausnahme angenommen, ebenso der Väter der Allgemeinen Finanzverwaltung und der der Kriegsdienst.

Zum Haushaltgesetz

Herr Cappel (Soz.) eine besondere Zulage für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichs, da an eine Besoldungsneuregelung vorläufig noch nicht zu denken sei.
Herr Torgler (Komm.) beantragt Zuschläge zum Grundgehalt der Unterbeamten bis zum Inkrafttreten der neuen Besoldungsordnung.
Herr Schmitt-Steglich (Dem.) verlangt beschleunigte Besoldungsneuregelung.
Nach weiteren Ausführungen des **Herrn Dietrich-Franken** (Nat.-Soz.) wird das Haushaltgesetz unter Ablehnung der Sonderausgaben abgelehnt.
Die Schulabstimmung zum Staatsetz, das kommunikativen Abrechnungen gegen den Arbeitsminister und die Entschädigungen werden zurückgestellt.
Das Haus verläßt sich auf Mittwoch, 2 Uhr: Säublungs- und Arbeitszeitgesetz, Diätengesetz, zurückgestellte Abstimmungen.
Schluß gegen 9 Uhr.

Aprilshauer.

Im stolzen Schritt marschiert ein kleiner pommerscher Bauer durch die Blumenbeete. „Tätere tä tä tätere...“ Auf einer großen Wiese, die er am Wege fand, posiert er einen lustigen Frühlingsmarsch in die Welt hinaus. „Bumm — bumm —“ schlägt er mit Mutter's Kloppel den Takt auf den bleicheren Kammern.
Die Sonne lacht; doch jenseits wackelt der Wettergott auf dem Dachstuhl, dreht sich rechts, dreht sich links und tangt ab und zu einmal um sich selbst herum. „Tätere tä tä tätere...“ Ueber die Kirchdächer fliehet düstere Wolken. Plötzlich entfährt der Sonnenchein über die Gartenläune. „Quitt...“ Der Sturm heult um die Gartenlaube. Waldobende Vögel flattern. Vögel fliehet die Wiese zur Erde. „Bubi rennt... rennt...“ Die kleinen Weingelben fliegen. Paradiesvogel er aber die Handtücher weilt. Weinen und Wehklagen verklingen hinter knallend sich schließenden Türen. Draußen trommelt der April mit eiligen Füßchen sein wildes Lied auf die Giebeln, und Freund Sturm hat sich ganz tief in seine kleine Baumkrone willig zurückgezogen. Jetzt läßt er den Kerger wahrscheinlich an seiner Frau aus, bricht einen Streit vom Baum und zerrt — und zerrt, als ob sie daran schuld wäre, daß es hagelt.
Die liebe Sonne lacht schon wieder? Ei, ei, April, April, du bist doch ein nährlicher Gefelle. Aber nichts für ungl. Deine lebenswichtigen Seiten hast du auch. Praktischer du doch schon seit altergrauer Zeit mit dem arbeitsvollen Erfolg nach den Methoden der Verjüngungslehre. Die alle Winterreise ähnt und röhnt, daß die braunen Blätter fliegen. Der operative Eingriff, den du mit deinem Affenaffen Aprilstern an ihr vornimmst, will ihr gar nicht behagen. Sie fliehet einem alten Philister, der sich nur schwer vom Alltagsleben trennen kann. Aber mit Gewalt reißt du ihr das veraltete dürre Herblaud herunter, daß die alten Blätter gelovende davonflattern. Nun kann sie sich ein Beispiel an der Birke nehmen, die bereits im grünen Kleid die Flor behieft.
Darum stürme alter April und sei weiterwendlich, wenn es den Menschen auch nicht behagen mag. Du verläßt die Natur, bereitest sie vor auf den dunkelsten, lichtdurchfluterten Wonnemonat Mai. **Freudl.**

Derliche und Sächliche.

Mela, den 6. April 1927.
Wettervorhersage für den 7. April. (Mitgeteilt von der Sachl. Landeswetterwarte zu Dresden). Nach Regenfällen vorübergehend wolke mit nach vereinzelt Schauern. Temperaturen schwankend, im Allgemeinen mild. Auf westliche Richtungen drehende, vorübergehend aufsteigende Winde.
Daten für den 7. April 1927. Sonnenaufgang 5,24 Uhr. Sonnenuntergang 6,41 Uhr. Mondaufgang 8,38 Uhr. Monduntergang 12,28 Uhr. 1814: Napoleon I. entsetzt der Krone und wird nach Elba verbannt. 1847: Der Dichter Jens Peter Jacobsen in Kjöbenhavn geb. (gest. 1895). 1874: Der Maler Wilhelm von Kaulbach in München gest. (geb. 1804). 1875: Der Dichter Georg Herwegh in Baden-Baden gest. (geb. 1817). 1917: Oberbefehlshaber Kaiser Wilhelms II. über die preussische Wahlrechtsreform.
Aprilgewitter. Nach vorausgegangenen Regenschauern, die sich in den Nachmittagsstunden zu anhaltenden heftigen Niederschlägen ausweiteten, entlud sich heute in der 4. Stunde über unserer Gegend ein Gewitter, verbunden mit starken Regengüssen.
Wie lange gelten die Sonntagstraß-Taxikarten zu Ostern? Die Sonntagstraß-Taxikarten gelten zu Ostern vom Gründonnerstag 12 Uhr mittags an. Die Rückfahrt muß spätestens am Osterdienstag 9 Uhr vormittags angetreten sein.
Keine Auskunftspllicht der Finanzämter. Das Reichsverordnungsgesetz in der jetzt geltenden Fassung enthält keine Vorschrift, nach der die Finanzämter zu amtlicher Auskunft über die Höhe des Einkommens oder des Vermögens von Versorgungsberechtigten an die Versorgungsämter verpflichtet sind. Eine Verpflichtung der Finanzämter über die Einkommens- und Vermögensangaben kann auch, wie ein solcher ergangener Bescheid des Reichsfinanzministers zum Ausdruck bringt, aus Veragr. 76 des Reichsverordnungsgesetzes nicht hergeleitet werden. Nach der Begriffs „Rechtskraft“ kann nicht davon ausgeht werden, daß eine Mitteilungspflicht der Finanzämter besteht, daß eine Mitteilungspflicht der Finanzämter besteht, daß eine Mitteilungspflicht der Finanzämter besteht.
Keine Auskunftspllicht der Finanzämter. Das Reichsverordnungsgesetz in der jetzt geltenden Fassung enthält keine Vorschrift, nach der die Finanzämter zu amtlicher Auskunft über die Höhe des Einkommens oder des Vermögens von Versorgungsberechtigten an die Versorgungsämter verpflichtet sind. Eine Verpflichtung der Finanzämter über die Einkommens- und Vermögensangaben kann auch, wie ein solcher ergangener Bescheid des Reichsfinanzministers zum Ausdruck bringt, aus Veragr. 76 des Reichsverordnungsgesetzes nicht hergeleitet werden. Nach der Begriffs „Rechtskraft“ kann nicht davon ausgeht werden, daß eine Mitteilungspflicht der Finanzämter besteht, daß eine Mitteilungspflicht der Finanzämter besteht, daß eine Mitteilungspflicht der Finanzämter besteht.

Die Reichsbeamten (Nat.-Soz.) beantragt die Erhöhung der von den Reichsbeamten beantragten 200 Millionen im Ausmaß.
Herr Kappeler (Soz.) erklärt, die Regierungsparteien seien nur etwa, das für die Kriegsveteranen etwas geschehen müßte, jedoch es möglich sei. Der Finanzminister habe jedoch erklärt, man könne erst im Sommer dazu Stellung nehmen. Er habe eine Kopie zum Verfertigen des Gesetzes verfertigt, und die Regierungsparteien vertragen seinem Wort (Detail bei der Reichsversammlung, Baden Karls).
Herr Kappeler (Soz.) bleibt dabei, die Regierungsparteien hätten im Ausmaß ihre eigene Entscheidung nicht geteilt. (Östl. Östl. links).
Auf Antrag der Regierungsparteien werden die Kriegsbekämpfungskosten von 648,9 auf 649,9 Millionen, die Kriegsbekämpfungskosten von 11,9 auf 17,9 Millionen erhöht. Die Kriegsbekämpfungskosten und der Kriegsdienst sind worden angenommen.
Ein sozialdemokratischer Antrag auf Verbesserung der Kriegsveteranen wird in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 187 Stimmen abgelehnt.
Die von den Sozialdemokraten beantragten 100 Millionen zur Verbesserung der Kriegsveteranen werden mit 211 gegen 184 Stimmen abgelehnt (Östl. Östl. links).
Die Väter der Reichsbeamten und des Finanzministeriums werden ohne Ausnahme angenommen, ebenso der Väter der Allgemeinen Finanzverwaltung und der der Kriegsdienst.

Die Reichsbeamten (Nat.-Soz.) beantragt die Erhöhung der von den Reichsbeamten beantragten 200 Millionen im Ausmaß.
Herr Kappeler (Soz.) erklärt, die Regierungsparteien seien nur etwa, das für die Kriegsveteranen etwas geschehen müßte, jedoch es möglich sei. Der Finanzminister habe jedoch erklärt, man könne erst im Sommer dazu Stellung nehmen. Er habe eine Kopie zum Verfertigen des Gesetzes verfertigt, und die Regierungsparteien vertragen seinem Wort (Detail bei der Reichsversammlung, Baden Karls).
Herr Kappeler (Soz.) bleibt dabei, die Regierungsparteien hätten im Ausmaß ihre eigene Entscheidung nicht geteilt. (Östl. Östl. links).
Auf Antrag der Regierungsparteien werden die Kriegsbekämpfungskosten von 648,9 auf 649,9 Millionen, die Kriegsbekämpfungskosten von 11,9 auf 17,9 Millionen erhöht. Die Kriegsbekämpfungskosten und der Kriegsdienst sind worden angenommen.
Ein sozialdemokratischer Antrag auf Verbesserung der Kriegsveteranen wird in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 187 Stimmen abgelehnt.
Die von den Sozialdemokraten beantragten 100 Millionen zur Verbesserung der Kriegsveteranen werden mit 211 gegen 184 Stimmen abgelehnt (Östl. Östl. links).
Die Väter der Reichsbeamten und des Finanzministeriums werden ohne Ausnahme angenommen, ebenso der Väter der Allgemeinen Finanzverwaltung und der der Kriegsdienst.

Am tliches.

Freitag, den 22. April 1927, vorm. 10 Uhr,
im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft
Öffentliche Begräbnisbefreiung.
Großenhain, am 5. April 1927.
Der Amtshauptmann.

Die Befreiung von Kraftfahrzeugen werden darauf
aufmerksam gemacht, daß nach § 8 Abs. 2 der
Reichsverordnung vom 5. Dezember 1925 (Reichs-
gesetzblatt I Seite 489 ff.) die Kraftfahrzeuge der auf
öffentlichen Wegen verkehrenden Kraftfahrzeuge
mit Gummi oder einem anderen elastischen Stoffe
besetzt sein müssen. Sie dürfen keine Unbedenken
besitzen, die geeignet sind, die Fahrbahn zu beschä-
digen. Vollgummireifen müssen bei Kraftfahr-
zeugen, deren Gewicht im beladenen oder unbelade-
nen Zustand 2,5 Tonnen oder deren Höchst-
geschwindigkeit auf ebener Bahn 15 Kilometer in
der Stunde übersteigt, einschließlich Stahlband auch
im abgenutzten Zustand mindestens 50 Millimeter
stark sein. Dreifachgummi-Kraftfahrzeuge, deren be-
triebserleichter Gewicht im beladenen oder unbelade-
nen Zustand 9 Tonnen übersteigt, müssen mit
Lufstreifen versehen sein.

Auch auf die übrigen Bestimmungen der Reichs-
verordnung wird besonders hingewiesen.
Zusammenfassungen werden auf Grund von
§ 21 des Reichsgesetzes vom 3. Mai 1909 (Reichs-
gesetzblatt S. 497) mit Geldstrafe bis zu 150 RM.
oder mit Haft bestraft.
Amtshauptmannschaft Großenhain,
3456 H. am 2. April 1927.

Freibau Seerhausen.

Donnerstag nachmittag 4 Uhr freies Hindernis.

Zahnarzt Dr. Kittel
Riesa, Rollenplatz 10a
bis 20. April verweist.

R. Richters
Separat-Tanzkursus

beginnt Mittwoch, 20. April, Hotel Wettiner
Dof. Damen 7, Herren 9 Uhr. Vorherige An-
meldungen in meiner Wohnung, Albertpl. 6, erbeten.
Rob. Richter, Lehrer d. höh. Tanzkunst.

Billa Uhrenfabrik
Acquiflan! Aufgestellt sind neue
Sehbrillen zu Oberbrillen.
Anfertigung von Oberbrillen nach Maß
oder Probe.

Spezial-Seinen- und Wäschehaus Wd. Adermann.

Konfirmationszeit — ist Uhrenzeit.

Uhren für Jungmänner
Anaben u. Mäd-
chen warten jetzt
auf Erfüllung
ihres sehnsüchtig-
sten Wunsches, den
Besitz einer Uhr.



Schenken Sie
Ihren Vaten,
Ihren Sohn,
Ihren Tochter
eine gute
auverlässige
Ankpa-Uhr.

**Tausch kann für Ihre Pflicht
günstlich erfüllen!**
Eine solche Uhr
ist Ihnen der
treueste Begleiter
für das
ganze Leben.
**B. Költzsch, Wettinerstraße 37,
Ecke Rosenplatz.**

Reste in Einolium und Tischwachsdecken gibt
es wieder Wettinerstraße 20 bei Wittig.

Weinabzug.

Für die Festtage empfehle
feinsten Terragona Liter M. 1,50
ff. Johannisbeerwein " " 1,00
ff. Heidelbeerwein " " 0,85
ff. Apfelwein (süß) " " 0,65
in bekannter Güte.

Otto Jgner, Röderau.

Saatkartoffeln

Hylobate Odenwälder Blau
Zeodara Alma
noch andere Sorten, alles helle pommersche Ware,
empfiehlt
H. Grubie.

Biete in Dresden: 6-Zimmer-Wohnung,
Bade, Veranda, Mädchenzimmer, Garten,
Keller, Gas, elektr. Licht, Friedhofsm. Nr. 1800.—
Biete in Riesa: 5-6-Zimmer-Wohnung 1.
bis M. 1200.— oder 2. Etage, Mietpreis
erleichtert werden.

J. S. Breremann
Spezialgeschäft für Möbeltransporte
Südring Riesa (Hbf) Telefon 80.

**Tapeten moderner Muster lauft
man Wettinerstr. 20 bei Wittig.**



**DAS WILLKOMMENE
OSTERGESCHENK**

Sei sparsam, wähl' das Beste nur!
Bei Uhren — die **Alpina-Uhr!**

Verkaufsstelle der Alpina-Uhren
in Riesa nur bei:

A. Herkner

Inh.: Johannes Kühnert
Wettinerstr. 6.

Ofenrohre, alle Weiten u. Längen

Zonrohre, Bogentriebe, Ofenbleche, Ofenrohre,
Feuertüren, email. Kessel, Schamotteziegel,
Zinkblech, Zinkwannen, Hausenschöpfer usw.
empfehlen

Ofenbau-
geschäft **F. Troppa Ww., Münchritz**
Oststraße 17.

**Konfirmations-
Dankeskarten**

in vornehmen
Ausführungen
liefert schnellstens

Tageblatt-Druckerei

Langar & Winterlich
Riesa
Goethestraße 59

Keine Offenbacher Lederwaren für angenehme
Konfirmationsgeschenke lauft man im Leder-
warenhaus Wittig, Wettinerstraße 20.

Dacharbeiten

Jeder Art werden wieder prompt und
schnell erledigt. Desgleichen sind alle
ins Fach einschlagenden Materialien
am Lager vorrätig.

Oskar Geyer, Dachdeckermstr.
Vobbißer Str. 31. Telefon 97 100.

Maja Schenk

Dentistin
Riesa, Albertplatz 11
verweist.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Ge-
schenke anlässlich unserer Silbernen Hochzeit
danken herzlichst.

Seit 6. April 1927
Robert Thielmann u. Frau.

Ihre am heutigen Tage vollzogene Vermählung
beschön sich anzuzeigen:

Dr. med. dent. Richard Kittel
Doris Kittel geb. Müller

Riesa, am 6. April 1927

Webers Restaurant.

Schlachtfest.

Donnerstag, 7. April
Von 10 Uhr vorm. Schicht,
später die üblichen Schichtzeiten.
Bücherverkauf von nachm. 4 Uhr ab.
Es ladet erachtet ein
Otto Weber.

Zu Palmarum.

H. Braunfarn, Gemüsesorten
Garantie für Qualität und streunung
H. Fruchtensorten.

**H. Rotwein H. Weißwein
H. Süßwein**

in versch. Weislagen und bester Qualität.
Rotwein angemessen Liter 1,50, 1,90 M.
Weißwein " " 1,40, 1,80 M.
Terragona " " 1,00 M.

Alle Backwaren

Sultanae, Rosinen, Corinthen,
Mandeln süß und bitter, Gerstl., Backwaren.

Ernst Schäfer Nachf.

Vereinsnachrichten

Kaufmännischer Verein Riesa. Morgen Donner-
tag, den 7. April, Hauptversammlung abends
8 1/2 Uhr Hotel Schöcher Hof.

Bibelstud. Freitag 7 1/2 Uhr Vorstands-Sitzung.
Tanzverein Gröbbs (Vf.). Donnerstag Mitglied-
versammlung fällt aus, dafür Freitag nach der
Turnhalle Turnplatz im Löhringer Hof.
Mittelschule „Krieger, Pianiere und Train“.
Zum Ehrenfest beim Kam. Gerdorf Stellen
morgen 7 1/2 Uhr Goldner Engel, Jährl. Anteil.
Ehrenpflicht. — Abends 8 Uhr Monatsver-
sammlung bei Köpfer.
Sängerkreis. Morgen 8 Uhr Vorstands-Sitzung
in Webers Restaurant.

Verein für Gesundheitspflege. Freitag, den 8. 4.,
abends 8 Uhr im Wettiner Hof Monatsver-
sammlung. Wichtige Eingänge.

Sirchennachrichten.

Riesa, Freitag, den 6. April 1927, Klosterkirche
8 Uhr Vastionswochengottesdienst über Luk. 23, 26
(Friedrich).

12000 Kollegen bürgen

für die
Centra-Uhr.

Die beste vom besten ist und bleibt
die Centra-Uhr.
Centra-Uhren sind zu haben bei
M. Krause, Uhrmacher
Gröbbs, Georgplatz 1.

**Koffer lauft man bei Mittag, Wettiner-
straße 20.**

3. Zwinger-Geldlotterie

Ziehung Sonnabend u. Montag, 9. u. 11. April 1927
Lose à 1 Mark bei
Eduard Seiberlich, Wettinerstr. 27.

**Kalifornische
Pflaumen**

Bld. 42 Bld. an
ff. Flugäpfel, Prinellen
Wischobst, Franzosen.
Ernst Schäfer Nachf.

3 Ztr. gutes Bienenhonig
zu verkaufen. Zu erfragen
bei **Gebr. Saff,**
Wettinerstraße 9.

Feinsten Landquart
empfiehlt
A. Ziegler, Bahnhofstr. 20.
Bestellungen für Ostern
höchlig erwünscht.

Englisch frische Getreide
gute Feinlinge
Rohbühner,
Clemens Bürger.

Feinste
Kieler Schleibücklinge
Kieler Brötchen
Bleichenburger Käse
deutlich eingetr. u. empf.
Fa. M. Krieger, Carolinstr. 5

Magen-
tee Nr. 33777 seit vielen
Jahren bei Appetitlosigkeit,
Erkältung d. Magens
und Unterleibs, Un-
muth und Schwindel-
anfällen bestens bewährt.
Nur echt mit der Nr. 33777
allein erhältlich
Wid. Dr. H. S. Gumbel
Daustraße 24.

Was heißt die Qualität
aus Bestenmaterialien
Der alten Riesen des
Qualitäts-Holzwarens
Bismarck in der gel. gelb.
Bartelshof. Gebrüder-
Bismarck ist die Hälfte
Arbeit, wenn Bismarck u.
Bismarck regelmäßig mit
Bismarck
geoff. werd.
Verluden
Sie es, Sie
werd. sehr
süßlich sein!
Nur
erhältlich
in Droge-
rien und
Einzelum-
geschäften.



Saugpumpen
für Absaugerbrunnen

Filterbrunnen
mit Rammspitze

G. I. Lochmann, Riesa

Stofenpfähle

roh und gefircht
Dampfpfähle
Bohnenstangen
empfehlen

Donner Schlichthof.

Reparaturen
an
Uhren, Gold- u.
Schmucksachen
preiswert im
Fachgeschäft

B. Költzsch

Blumenkohl

2 Stück
3
4
1 Mk.

Paul Pfeiffer

Wettinerstraße 27.

**Rotwein- und Cognac-
Flaschen**

kauft
Richard Boden
Weingroßhandlung
Bismarckstr.
Fernsprecher 172.

Gänse-Eier

verkauft **Glaubig 329.**

Dr. Dohsenfleisch

Mund von 1,00 an, empf.
Fritz Müller
Fleischerstr.
Schloßstraße 18.

1 guten Wein
trinkt man im
Café
Reichskanzler

Hotel Wettiner Hof.
Preiswert, bürgerlicher
Mittagstisch.
Abwesenden werden angen.

G. D. A.
Ordnungs-
Riesa.
Freitag
d. 8. 4. 1927
abends 8 Uhr
„Eiderrasse“
wichtige

Monatsversammlung.
Näherer Tagesordnung:
Bericht über den Riesaer
Großhandelsmarkt! — Be-
freit! — Bericht vom Riesaer
Reichshandelsmarkt!
Anstehendes: Gemüthliches
Beisammensein!
Der Vorstand.

Die heutige Nr. umfasst
12 Seiten.

Verteilung der erhöhten Miete im Rechtsausfluß.

Der Rechtsausfluß des Bundtages behandelte gestern die Vorlage der Regierung über den Entwurf eines Gesetzes zur Minderung des Gesetzes über den Wertverhältnisausgleich bei bebauten Grundstücken. Der Berichterstatter Dr. Illig (Dsp.) behandelte Inhalt und Wirkungen der Vorlage und empfahl Annahme des entscheidenden Artikels 1. Danach würden in der Zeit vom 1. April bis 30. September die 110 v. D. Friedensmiete wie folgt verteilt werden:

Dausbesitzeranteil	65 Proz.
Finanzbedarf des Staates	11 "
Finanzbedarf der Gemeinden	8 "
Vorforgewende	3 "
Wohnungsbau	25 "

Ab 1. Oktober 1927 werden die dann eintretenden 120 v. D. der Friedensmiete aufgeteilt wie nachstehend:

Dausbesitzeranteil	69 Proz.
Finanzbedarf des Staates	11 "
Finanzbedarf der Gemeinden	8 "
Vorforgewende	4 "
Wohnungsbau	30 "

Mitberichterstatter Edel (SPD.) legte die Vorlage ab und bezeugte die Neuregelung als Geschenkpolitik. Hierin wird er von den Kommunisten unterstützt. Aba. Großmann (Wirtschaftsp.) gibt einen Überblick über die Entwicklung der Steuerpflichten für die Besitzer bebauter Grundstücke.

Die Regierung verweist darauf, daß Sachsen in Bezug auf die Grenze zur Befreiung von der Mietsteuer weniger als andere Länder entzogenkomme. Sachsen, so hob der Reichsminister hervor, habe bisher dem Hausbesitz 60 v. D. der Miete überlassen und an der Wohnraumvermittlung nicht gekollert. Alle anderen Länder hätten Gewerberäume und teilweise große Wohnungen aus dem Wohnungsmangel herausgenommen. Dort seien dem Hausbesitz bisher folgende Anteile zugestimmt worden:

Preußen	60 v. D.	Oldenburg	76 v. D.
Bayern	63 "	Mecklenburg	65 "
Württemberg	65 "	Bremen	80 "
Baden	68 "	Lübeck	88 "
Thüringen	68 "	Schaumburg-Lippe	72 "
Sachsen	71 "		

Bemerkenswert ist, daß es sich außer Sachsen zum Teil um Länder mit links und rechts ist und um Regierungen handelt, an denen die SPD. beteiligt ist.

In der Abstimmung werden kommunistische und linkssozialistische Anträge abgelehnt; der Antrag des Berichterstatters Dr. Illig wird gegen die Linksparteien angenommen.

Eingie weitere, aber weniger wichtige Bestimmungen der Vorlage finden ohne wesentliche Wenderung gegen die Linke Annahme.

Dem Reichsschulgesetz entgegen.

Ostertagung des Evangelischen Reichsleitersbundes.

Der Evangelische Reichsleitersbund (Reichsverband Evangelischer Eltern und Volksbünde), der als die Großorganisation der Elternbewegung in achtzehn Landes- und Provinzialverbänden ca. 4000 Ortsgruppen zählt, tritt am Ostertag in Sildesheim zu seiner großen Tagung zusammen. Die herannahende Entscheidung über das Reichsschulgesetz im Zusammenhang mit der veränderten schulpolitischen Lage gibt der Ostertagung über das Elternparlament in diesem Jahre ihr besonderes Gesicht.

Im Mittelpunkt der Aussprache steht das Thema: „Staatsautorität und Gewissensfreiheit“, über das der bekannte Rechtslehrer an der Universität Greifswald, Prof. Dr. Hoffein, referieren wird. Der westfälische Elternkreis im vergangenen Winter, mit dem sich der Reichsleitersbund in einer Sonderkongress der Delegierten beschäftigt wird, das zeigt, um welches aktuelle Problem es sich hierbei handelt. Den Bericht über die schulpolitische Lage erstattet Dr. Pindere-Verlin.

Der zweite Verhandlungstag ist Sachfragen über die Fragen: höheres Schulwesen, Elternbeiträge, Kirche und Schule sowie Berufsschulen gewidmet.

Den Beschluß des Reichsleitersbundes macht eine öffentliche Kundgebung in der Stadthalle, bei der der bekannte Jugendführer, Universitätsprofessor Wilhelm Stachling-Münster, über „Jugend und Alter“ sprechen wird.

Dem Reichsleitersbund geht am Ostertag die alljährliche religionspädagogische Konferenz der Gesellschaft für Evangelische Pädagogik mit Vorträgen von Prof. Dr. Weissmann, Leipzig und Oberschulrat Dr. Grau-Kassel, voran.

Die Befreiung des Generalmajors von Wrisberg.

Verlin. Gestern nachmittag um 3 Uhr fand auf dem Invalidenfriedhof die Beisetzung des unter so tragischen Umständen verstorbenen Generalmajors von Wrisberg statt. Der Beerdigung ging zunächst eine kleine Trauerfeier in der Invalidenkirche voraus. Die kleine Kirche war von einer vorwiegend militärischen Trauergemeinde überfüllt. Am Kopfe des Sarges hielten zwei Grenadiere des Regiments Kaiserin Augusta in blauer Uniform und weißem Daarbusch die Ehrenwache. Pünktlich um 2.30 Uhr erschien Reichspräsident von Hindenburg in Begleitung seines Sohnes. In seiner Nähe sah man Generalfeldmarschall von Madensien, dessen Stabschef von Wrisberg vor dem Kriege gewesen war, Generaloberst von Wiesen, Admiral Schröder und Erzherzog von Cramon, der den Kranz des ehemaligen Kaisers überbrachte. An der rechten Seite des Mittelschiffes hatten die Fahnen des Otkamptvereins, dessen Vorsitzender der Verstorbene war und die anderer vaterländischer Verbände Auffellung genommen. In seiner Gedächtnisrede gedachte Vorkor Wrisberg tragischen Umstände, unter denen General von Wrisberg verstorben ist. Fast zu derselben Stunde, an dem Tage, der ihn vor 27 Jahren am Trauertage niederzuckeln sah, starb von Wrisberg. Nach der Trauertage wurde der Sarg auf einer Koffette zum nahen Invalidenfriedhof überführt, wo er beigesetzt wurde.

Zur Konfordatsfrage.

Verlin. Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien trat gestern nachmittag zusammen, um den demokratischen Antrag über die Stellung zum Reichskonfordat und zum Reichsschulgesetz zu erörtern. Es wurde beschlossen, durch den Abg. Grafen Belpas eine Erklärung der Regierungsparteien gegen den demokratischen Antrag und für das Reichskonfordat sowie für das Reichsschulgesetz abzugeben.

Unterzeichnung des Pates Rom - Budapest.

Stimme ungarischer Zeitungen.

Befriedigung in Rom. — Anzeichen des Stra-Bundes.

Rom, 5. April. Mussolini und Graf Bethlen haben heute mittag den seit längerem angekündigten Freundschaftsvertrag zwischen Italien und Ungarn unterzeichnet. Die Veröffentlichung des Vertrages steht unmittelbar bevor. Der Vertrag enthält, wie verlautet, vor allem die Bestimmungen, die Stime den Ungarn als Hafen für deren steigenden Einfuhr- und Ausfuhrhandel einräumt. Die Unterzeichnung dieses Vertrages erfüllt hier mit großer Befriedigung, obgleich man eigentlich nach den Erfahrungen mit dem Vertrage von Neituna Grund hätte, vorsichtig zu sein. Immerhin liegen die Beziehungen zu Ungarn ganz anders als jene zu Südslawien, dessen Einwilligung zu dem ungarischen Durchfuhrverkehr nach Stime noch nicht erfolgt ist. Der Vertrag zwischen Rom und Budapest, so sagt man hier, könne weder in der Tschechoslowakei, noch in Rumänien, noch in Südslawien Mißtrauen wecken. Mit allen diesen Staaten habe Italien durchweg Freundschaftsverträge. Das Verhältnis zu Rumänien liege besonders völli klar auf, nachdem die Zustimmung Italiens zum Belgrader Vertrag ausgedrückt wurde, und mit Südslawien wünscht Italien lokale Zusammenarbeit auf Grund der Gegenseitigkeit. Man hofft darum, daß man in Belgrad nach Klärung des albanischen Konfliktes in dem Abkommen über Stime keinerlei Gefahr erblicke, vielmehr einen Vorteil für die eigenen wirtschaftlichen Interessen. Italien verfolge ja auf dem Balkan wie in Europa lediglich eine Politik des Friedens und der Ruhe, um damit den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu sichern. Gleichzeitig freut man sich allgemein über das Stehen der Ura. Der „Popolo di Roma“ stellt voll Begeisterung diesen Erfolg einig und allein als das Werk der sachlichen Regierung hin, die binnen acht Monaten die Wirtschaftslage völlig gewandelt habe. Wie jedes andere menschliche Ereignis so habe auch der Vertrag dem Druck des Faschismus nicht widerstanden. Als wahrer und einziger Verdrücker der Valuta erdörne den Augen der fünfzehn Millionen Italiener in und außerhalb Italiens der Duce.

Rom, 5. April. Im Ministerrat gab Mussolini einen Überblick über die innere Lage Italiens und machte sodann Ausführungen über die äußere Politik. An der Hand eines umfangreichen Dokumentenmaterials legte der Ministerpräsident den letzten Ereignissen auf dem Gebiete der internationalen Politik, insbesondere den Stand der italienisch-jugoslawischen Beziehungen dar, wie sie sich auf Grund des Schrittes der italienischen Regierung abgekalter hätten. Mussolini wandte sich dann den italienisch-ungarischen Beziehungen zu, die, wie er erklärte, heute ihre Befestigung in einem Freundschaftsvertrag finden, der nicht nur den wirtschaftlichen Interessen, sondern auch dem Geiste der zwischen den beiden Ländern bestehenden aufrichtigen Freundschaft entspricht.

Belgrad, 5. April. Wie halbamtlich verlautet, hat Italien in Belgrad ausdrücklich erklärt, der italienisch-ungarische Garantepakt liege gegen niemand gerichtet, sondern kritisiere im Geiste aller Völkerverbündnisse gehalten.

Die Freude der ungarischen Presse.

Budapest, 5. April. Fast sämtliche Blätter widmen der Romreise des Ministerpräsidenten Bethlen Leitartikel.

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons zur Frage der Aufwertung der früheren Reichsbanknoten.

Verlin, 5. April. Das Reichsbankdirektorium teilt mit: Der durch seine Agitation für die Aufwertung der früheren Reichsbanknoten bekannt gewordene Betriebsanwalt Gustav Winter in Leipzig hat sich in seiner Wochenschrift „Wahrheit und Recht“ und in Verammlungen wiederholt darauf berufen, daß der Herr Reichsgerichtspräsident Dr. Simons seinen Bestrebungen sympathisch gegenüberstehe. Im Hinblick hierauf und auf die auch von anderen Aufwertungsverbänden neuerdings verfolgte Bestrebung, ihre Agitation auf das Ausland auszuweihen, ist der folgende von Herrn Dr. Simons an den Ersten Vorkandsbeamten der Reichsbankhauptstelle Leipzig gerichtete Brief vom 12. März d. J., zu dessen Veröffentlichung „W. u. R.“ ermächtigt wird, von besonderem Interesse:

Sehr geehrter Herr Reichsbankdirektor, wie ich Ihnen bereits mündlich mitteilte, geht mir die Wochenschrift „Wahrheit und Recht“ regelmäßig zu, ohne daß ich sonst mit dem Herausgeber und der von ihm geleiteten Organisation irgendwie in Verbindung stände. Meine Auffassung von den Folgen der Inflation und der Aufwertungsgelegenheit habe ich wiederholt öffentlich dargelegt; wenn meine Äußerungen in demagogischer Weise für Bestrebungen mißbraucht werden, die ich keineswegs billige, so bin ich dagegen machtlos. Ich lege aber Wert darauf, festzustellen, daß ich eine Bewegung, wie sie in der genannten Wochenschrift vertreten wird, aufs entschiedenste verurteile, weil sie darauf hinausläuft, das Ausland für die Interessen ihrer deutschen Anhänger mobil zu machen, das Vertrauen in unsere mit so ungedeuter Anstrengung gewonnene neue Währung zu untergraben und die ohnehin immer noch so schwer gefährdete Wirtschaft des ganzen deutschen Volkes unheilbar zu gerichten. Ich stelle Ihnen anheim, von dieser Äußerung den Ihnen geeignet scheinenden Gebrauch zu machen. Mit vorzüglicher Hochachtung ergeht

Dr. Simons.

Inzwischen hat der zuständige Senat des Reichsgerichts durch Beschluß vom 21. März d. J. Winters Revision gegen das seine „Revisionsfrage“ abweisende Urteil des Kammergerichts als unzulässig verworfen.

Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches vom Reichsrat angenommen.

Verlin. Der Reichsrat hielt am Dienstag eine öffentliche Vollversammlung ab, in der der Entwurf über das neue Strafgesetzbuch bis auf einige zurückgestellte Punkte angenommen wurde. Nach langen Beratungen haben die Reichsratsausschüsse sich mit den wesentlichen Neuerungen des Strafgesetzbuches einverstanden erklärt, und das Plenum pflichtete im wesentlichen den Ausschußbeschlüssen bei. Eine bedeutende Neuerung ist die Erweiterung der Freiheit des richterlichen Ermessens: Um der Zweckmäßigkeit des Strafurteils wegen

„Budapesti Hirlap“ hebt hervor, die Annäherung Ungarns an Italien sei keineswegs gegen Jugoslawien gerichtet. Die friedliche Politik Ungarns duhe seinen Schritt, der einen feindlichen Ansehen gegen einen anderen Staat hätte. „Veker Hirlap“, „Pesti Hirlap“ und „Ulfog“ geben ihrer Freude und Befriedigung darüber Ausdruck, daß es zu einem so guten Einverständnis zwischen Ungarn und Italien kommen konnte. „Ulfog“ schreibt: Die Herzlichkeit, Freundschaft und Verehrung, die der Ministerpräsident Ungarns heute in Italien findet, ist an Ungarn gerichtet und Ungarn dankt dafür der italienischen Nation und erwidert aus ganzem Herzen die zum Ausdruck gebrachte Sympathie. Der höchste politische Gesichtspunkt wird durch die Gefühle angeden. Interesse gibt es immer, es erhält aber feste und unerschütterliche Grundlagen dadurch, daß Sympathie, Freundschaft und eine Vereinskraft, einander gegenseitig zu dienen, auch ohne Interesse vorhanden sind. Selbst ist die ungarische Nation mit der italienischen bereits eng verbunden. Im Augenblick, wo Graf Bethlen mit Mussolini spricht, wollen wir von hier aus dokumentieren, daß das, was der Duce von Bethlen hört, das Herz, der Verstand und alle männlichen Tugenden der ungarischen Nation tragen. „Pesti Hirlap“ schreibt, Ungarn habe mit beispielloser Anstrengung endlich die Barrikaden, die seiner Außenpolitik in den Weg gestellt waren, beseitigt geschafft. Nun sei der Weg wieder frei. Auch „Magyarhaza“ tritt für eine Annäherung zwischen Italien und Ungarn ein, warnt aber vor einer allzu großen Verbundenheit Ungarns mit Italien.

Mussolinis Eintretungspolitik.

Die Unterzeichnung des italienisch-ungarischen Freundschaftsvertrages ist an und für sich ein Ereignis, das nicht ohne Bedeutung für die weitere Stabilisierung der europäischen Verhältnisse ist. Wird doch durch die Bestimmungen dieses Vertrages Ungarn der Zugang zum Meere geöffnet (Stime wird freigesetzt). Also immerhin ein Abkommen, das die Spannungen zwischen Budapest und Rom wesentlich mildert und den Weg zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen ebnet. Aber nicht die Beseitigung der Beziehungen Italiens zu Ungarn allein macht das Bedeutungsvolle dieses Vertrages aus. Sein Abbruch bringt für Mussolini ein wesentliches neues Glied in der Kette der systematischen Anreizungspolitik, die Italien seit langem gegenüber der Belgrader Regierung betreibt. Mit es doch eine Selbstverständlichkeit, daß mit den Vorteilen wirtschaftlicher und politischer Art, die Ungarn durch diesen Vertrag angeden sind, auch Leistungen Budapests verbunden sind, was mit anderen Worten besagt, daß Ungarn sich nunmehr in das politische Nachhaken Mussolinis begibt. Vielleicht bringt der Abbruch dieses italienisch-ungarischen Abkommens auch etwas Günstiges für die Lösung des Balkan-Problems. Belgrad steht nunmehr in seiner Politik vollständig isoliert. Italien, Bulgarien, Griechenland, Rumänien, nunmehr auch Ungarn, schließlich auch die Hilfe einer englischen Politik — alles zusammen ist jetzt zu einem Bunde zusammengeschweift, der einer hegemonie Südslawiens auf dem Balkan eine unerlöschliche Flauer entgegenstellt. Diese Erkenntnis dürfte in Belgrad wesentlich dazu beitragen, nachzugeben, das heißt zu versuchen, durch unmittelbare Verhandlungen mit der römischen Regierung die Konfliktstoffe, die das Verhältnis Südslawiens zu Italien trüben, zu beseitigen. Im Interesse des Weltfriedens ist daher der Abbruch eines italienisch-ungarischen Vertrages auf Grund der politischen Folgen, die er zeitigt, sehr zu begrüßen.

zu können, ist es dem Richter freigestellt, das Strafmaß nach unten und oben nach seinem Ermessen festzusetzen. Ganz allgemein werden mildernde Umstände zugelassen, die Strafen für das Gewohnheitsverbrechen werden verdrängt. Außerdem sind Sicherungsmassnahmen getroffen durch die Unterbringung in Heil- und Pflegeanstalten. Beibehalten ist die Todesstrafe, allerdings nicht mehr absolut bei Mord, sondern auch hier kann Rückficht auf den einzelnen Fall genommen werden. Als Freiheitsstrafen sind Zuchthaus, Gefängnis und die sogenannte Einschließung vorgesehen, die anstelle der Festungshaft tritt. Die Vergnügung ist gesehlich geregelt. Bei Landes- und Hochverrat ist es im wesentlichen bei den bestehenden Bestimmungen geblieben. Als strafbares Vahvergehen ist eingefügt die wirtschaftliche Achtung. Neu aufgenommen sind auch Strafbestimmungen gegen Feme und gegen die Verächtlichmachung der Farben des Reiches und der Länder. Zweifelsfrei soll mit Gefängnis bestraft werden.

In der Einzelberatung fand ein Antrag Hamburgs, die Todesstrafe abzuschaffen nur die Unterdrückung von Weckern-Schwerin, Anhalt und Lübeck, während Preußen erklärte, daß nach Ansicht des preussischen Staatsministeriums der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, auf die Abschaffung der Todesstrafe zu verzichten. Die Verhandlung über preussische Anträge, einzelne Bestimmungen des Republikstrafgesetzes in das Strafgesetzbuch aufzunehmen, wurde noch zurückgestellt, nachdem Justizminister Dergt erklärt hatte, daß das Reichstabinett materiell zur Frage der Verlängerung des Republikstrafgesetzes noch keine Stellung genommen habe. Zu erwähnen ist noch, daß auf Antrag Preußens auch der gesellschaftliche Verfall bei Wahlen für strafbar erklärt wurde.

Loucheurs Berliner Reise.

qu. Berlin. Der französische Minister Loucheur trifft in diesen Tagen in Berlin ein und wird am 8. April in der Handelskammer einen Vortrag halten über die europäische Wirtschaftslage und insbesondere über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Reise Loucheurs sollte ursprünglich schon im Oktober vorigen Jahres zur Ausführung gelangen, jedoch glaubte der frühere französische Minister aus verschiedenen Gründen seinen Reiseplan erst im Frühjahr zu verwirklichen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß zwischen der Deutschen und der englischen Industrie wieder Verhandlungen im Gange sind, die eine Vereinbarung über die Preisgestaltung der beiderseitigen Industrieprodukte zum Ziele haben. Aus diesem Grunde hat sich jetzt der Präsident der Industrie- und Handelskammer, von Wendelsolm, und der Vorsitzende des Enqueteausschusses, Lammer, nach London begeben. In den maßgebenden deutschen Industrie-kreisen nimmt man nun an, daß die französische Industrie über die neuen deutsch-englischen Verhandlungen demürrigt ist und aus diesem Grunde ist es nicht von der Hand zu weisen, daß Loucheur in Berlin gewisse Sondierungen vornehmen soll. Im Hinblick auf die Wiederannahme der deutsch-französischen Verhandlungen über den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages liegt es nahe, daß Loucheur in Berlin offizielle Parallel-Verhandlungen zu den offiziellen Parallel-Verhandlungen führen wird.

Englands China-Corren.

Die Beziehungen zwischen den Regierungen von Tokio und Washington für eine gemeinsame Protestnote an die chinesische Regierung zu interessieren, haben nunmehr mit einem Beschluß geendet. Die amerikanische Regierung hat sich zu einem Sonderbericht entschlossen. Japan beharrt weiter in seiner höchst unbedingten Haltung. In London ist man nunmehr überzeugt, die vorerwähnte diplomatische Aktion nicht mehr länger hinauszuzögern. Da sich in den Anfängen von London, Amerika und Italien eine gewisse Uebereinstimmung über den Inhalt der abzusendenden Note herausgestellt hat, so legt die Londoner Regierung ihre Verhandlung nur noch darin, die fraglichen Regierungen zu bewegen, wenn auch nicht im Wortlaut, so doch im wesentlichen Inhalt die Note gleichmäßig abzugeben. Die Verantwortlichkeit in London erhält ihre Begründung in verschiedenen Vorberathungen innerhalb Chinas. Insofern hat sich die Lage in Schanghai außerordentlich verschärft, als der bisherige kommandierende chinesische General Schang-tai-tse von den chinesischen Kommunisten gestürzt wurde, den Oberbefehl über die Schanghai Armee zu übernehmen. Daß die fremden Regierungen unter den Chinesen unter einer kommunistischen Herrschaft ungleich stärkere Formen annehmen wird als bisher, braucht nicht betont zu werden. In dieser Verschärfung der Lage in Schanghai treten neue Ereignisse an der Nordfront. Die Truppen des Generals Feng, die hier mit den Kantonesen sympathisieren, haben sich nunmehr in der Richtung auf Peking in Bewegung gesetzt. Da dieser Vormarsch Feng auf wenig Widerstand hoffen dürfte, so wird mit ihm Peking nun auch von Weitem her eingeschlossen. Auch aus der Provinz Pannan werden neue Erfolge der Kantone-Regierung gemeldet. Bisher war die Regierung Pannans die einzige chinesische Gouvernementsbehörde im Süden, die sich dem Diktat der Kantone-Regierung widersetzt. Man hört, daß der Gouverneur der Provinz von kommunistischen Revolutionären gefangen genommen wurde und die Kommunisten der Provinz die Macht völlig in Händen haben. Da die Provinz Pannan unmittelbar an die französische Kolonie Indochina grenzt, so ist zu befürchten, daß die revolutionäre Bewegung auch über die Grenzen hinweg nach der französischen Besitzung übertragen wird. Ob auf dieser ersten Bedrohung der französischen Herrschaft in Indochina die Pariser Regierung weiterhin ihre neutrale Haltung den chinesischen Ereignissen gegenüber aufrechterhalten wird, ist kaum mehr anzunehmen. In der Tat steht sich jetzt Paris einer vollkommen neuen Situation in China gegenüber. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese letzten Ereignisse in Pannan die Pariser Regierung geneigter stimmen wird, doch in ein gemeinsames Vorgehen mit England in China einzustimmen.

Das Programm der Nationalrepublikanischen Partei.

Die Berliner D. D. im Sommer des vorigen Jahres gegründete R. N. D., die vor kurzem in Berlin ihren Reichsausschuß zu einer Sitzung zusammengerufen hat, hat nunmehr Richtlinien erlassen, die über Grundsätze und Ziele der Partei Auskunft geben. Im einzelnen ist hervorzuheben, die unitarische, d. h. reichseinheitliche (nicht zentralistische) Einklassung. Die Weimarer Verfassung sei wohl eine gewisse Grundlage, müsse jedoch in wesentlichen Punkten einer Reform unterzogen werden. Ebenso sei eine grundsätzliche Wahlrechtsreform notwendig; ein Gesetz über die allgemeine Wahlrecht sei notwendig, damit bei den Wahlen auch der wahre Volkswille zum Ausdruck komme. Der Ausbau des Reichswirtschaftsrates zum Ausdruck komme. Der Ausbau des Reichswirtschaftsrates müsse wegen der Komplexität der ganzen Wirtschaftstragen der Gegenwart unbedingt gefordert werden; dieser Ausbau zu einem Wirtschaftsparlament erwiese sich als notwendig, weil das politische Parlament nicht in der Lage sei, in rein wirtschaftlichen Fragen politische Arbeit zu leisten. Auch in Justiz und Verwaltung seien wichtige Reformen dringend notwendig (weitgehende Vereinfachung, Beförderung der unteren Beamten u. a. m.) Besonders klar wird auch auf die soziale Frage eingegangen, deren Kern der Schutz der nationalen Arbeit und des deutschen Arbeitertums nach jeder Richtung sei. Nicht Forderung für jeden Arbeitlosen, sondern Arbeit für jeden Arbeitswilligen zu menschenwürdigen Bedingungen sei in erster Linie zu fordern. Außenpolitisch fordern die Richtlinien der R. N. D. die Befestigung des Verfalls der Schandverträge und den Anschluß Deutsch-Oesterreichs. Wichtiges Ziel einer deutschen Außenpolitik müsse sein die Vereinigung aller deutschen Volksgenossen, die im geschlossenen Siedlungsgebiet leben, auf nationaler und sozialer Grundlage in einem großdeutschen Volksstaat. Der Völkerverbund in seiner heutigen Zusammensetzung und Arbeit entspreche nicht den deutschen Wünschen; doch sei es eine Forderung der Vernunft, in ihm mitzuarbeiten, wie dies auch das faschistische Italien eines Mussolini tue, der gewiß kein Freund des Völkerverbundes sei. Ein wahrer Völkerverbund müsse auf der vollen nationalen Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Völker aufgebaut sein. Dies sei heute noch nicht der Fall. Die Richtlinien erklären schließlich ausdrücklich, daß die R. N. D. kein farces Programm, sondern in erster Linie Staatsnotwendigkeiten kenne.

Die Erenbarung im Vorbereitungsanschuß.

X Genf, 5. April. In der Aussprache über den französischen Kommissionsbericht erklärten Sidon und Cecil sich bereit, den französischen Vorschlag auf das ernste zu prüfen, sobald er schriftlich vorliegt. Der italienische Delegierte erklärte, für seine Regierung sei die einzige annehmbare Methode die Festlegung der Gesamttonnage der Kriegskräfte jedes einzelnen Landes. Anstelle des französischen Vorschlags der Bekanntgabe des Bauprogramms empfahl er dagegen die Anwendung der bereits im Washingtoner Abkommen enthaltenen Bestimmungen, daß jeder Staat sofort bei Kellierung eines jeden neuen Kriegsschiffes die Vertragspartner davon in Kenntnis setzen solle. Im einzelnen führte Sidon noch aus, im Augenblick handle es sich nur um die Ausarbeitung eines Entwurfs zur Begrenzung der Seerüstungen, nicht aber um die Festlegung der Zahlen. Die von Frankreich vorgeschlagene Methode, wonach die Gesamttonnage der Kriegskräfte begrenzt werden soll, würde eine neue Art Wettrennen hervorzurufen, da sie sich durch die unbekannte Verwendung der Gesamttonnage demütigen fühlen würden. Die amerikanische Delegation habe jedoch den lebhaften Wunsch, auf seiner Maßnahme zu bestehen, wenn sie gegenüber Frankreich oder irgend einem anderen Staat nicht gerecht wäre. Cecil betonte seinerseits die Aufmerksamkeit, daß bei allseitigem festen Willen die Hoffnung auf Verständigung berechtigt sei. Im Verlauf der Sitzung wurde vom japanischen Delegierten Goto ein Änderungsantrag zum englischen Abkommensentwurf eingebracht. Goto, der sich im übrigen für die von England vorgeschlagene Beschränkung nach Schiffs-kategorien aussprach, erklärte, seine Regierung könne den weiteren englischen Vorschlag auf gleichzeitige Festlegung der Zahl der Kriegsschiffe jeder einzelnen Schiffskategorie nicht annehmen.

50 Jahre Blohm und Voß.

X Hamburg. Am gestrigen Tage feierte die in der ganzen Welt bekannte Schiffbau- und Maschinenfabrik Blohm und Voß an ihr 50jähriges Bestehen würdevoll. Dieser Jubiläumstag erholte sich für die Firma und den noch lebenden Mitbegründer der Werft, Hermann Blohm, zu einem der denkwürdigsten Tage. Im Hamburger Hafen herrscht Bestimmung, an allen Schiffs-Docks und Kränen wehen Flaggen. Am Morgen nahm Hermann Blohm die Glückwünsche der älteren Angehörigen der Werft, die eine von Professor Behrer moderierte Preisbesitzende Hindenburg überreichten, entgegen. Seine Statuten aus dem Betriebe und aus dem Hamburger Krallen folgten. Der Ernst war durch Bürgermeister Dr. Schramm und Senator Spring vertreten. Zahlreiche Glückwunschtelegramme und Glückwunschkarten aus ganz Deutschland gingen ein. Telegramme von der „Kampfer“, dem Offiziers- und den mitführenden Besatzungsmitgliedern.

Ueber einen mißglückten Umsturzversuch in Italien.

* Rom, 5. April. Das Innenministerium gab heute folgenden amtlichen Bericht heraus: „Anfang März hatte die politische Polizei eine Organisation aufgedeckt, die sich zum Ziele gesetzt hatte, die bestehende Regierung zu stürzen und an ihre Stelle eine sozialdemokratisch-vollsozialistische Regierung zu setzen. Es gelang der politischen Polizei, den Umsturzplan aufzudecken und die an der Verschwörung beteiligten Personen zu ermitteln. Die Hauptbeteiligten der Verschwörung sind verhaftet. Die Untersuchung ist zum Teil abgeschlossen, einige von ihnen sind dem Kriegsgericht übergeben worden. Ein Teil der Verhafteten befindet sich noch in Untersuchungshaft. Nach den vorgelegenen Schriftstücken sowie den Aussagen der Zeugen und Angeklagten sollte der Umsturz in der Nacht vom 14. zum 15. März erfolgen. Einer der Hauptbeteiligten war Sejmabgeordneter Dr. Gajaus, der ermittelt und in der Nacht zum Dienstag festgenommen wurde. In der Untersuchungshaft hat er ein Geständnis abgelegt. Die Regierung hat von der Verhaftung des Abgeordneten den Sejmpräsidenten Mitteilung ausgehen lassen. Die weitere Untersuchung liegt in den Händen der entsprechenden Behörden. Die Verschwörung ist liquidiert.“

Der Kampf um die Dreimächtekonferenz.

Washington. (Funknachr.) Im Weißen Haus wurde heute erklärt, Präsident Coolidge sei zwar enttäuscht darüber, daß Frankreich beabsichtigt habe, nicht an der von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Konferenz zur Einberufung der Seerüstungen teilzunehmen. Er erwarte aber nicht, daß die Abhaltung der Konferenz irgendwie behindert werde. Es sei bekannt geworden, daß die Pläne für eine Konferenz von Vertretern Großbritanniens, Japans und Amerikas trotz der französischen Haltung in der Angelegenheit weiter gefördert werden sollen. Der Präsident soll noch immer der Ansicht sein, daß Italien sich vielleicht noch entschließen wird, einen inoffiziellen Beobachter zu senden.

Eine Botschaft Briands an Amerika.

New York. (Funknachr.) In einer aus Anlaß der 10. Wiederkehr des Tages von Americas Eintritt in den Weltkrieg an die Associated Press gesandten Botschaft führt Briand aus: Der Friedenswille ist wichtiger als technische Abwägung. Frankreich und Amerika gehen verschiedene Wege, haben aber das gleiche Ziel. Der Krieg als Mittel der Staatspolitik ist bereits von den Unterzeichnern der Völkervereinbarung und der Locarnoverträge abgelehnt worden. Frankreich wäre bereit, mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen zu schließen, durch das der Krieg in die Welt entfernt wird. Ein solches Abkommen würde die Grundlage der internationalen Friedenspolitik erheblich kräftigen. Die beiden großen bekümmerten Nationen, die beide für die Sache des Friedens arbeiten, würden damit der Welt das beste Beispiel geben, daß das gegenwärtig erreichbare Ziel nicht Entwaffnung, sondern Betätigung der Friedenspolitik ist.

Kommunistische Waffentundegebung.

X Berlin. Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei und die Gauführung des Roten Frontkämpferbundes veranstalteten gestern abend im Sportpalast eine Waffentundegebung gegen den imperialistischen „Kriegswort“ in China und den Stahlhelmaufmarsch in Berlin. Abgeordneter Wilhelm Wied erklärte, die Arbeiter aller Länder hätten die Verpflichtung, die Taten der chinesischen Arbeiter in die Weltrevolution umzusetzen. Das Waffentüchteln in Deutschland werde immer größer. Der 7. und 8. Mai mit dem Stahlhelmaufmarsch bedeuteten die Zulassung des reaktionären Kurzes. Jeder Arbeiter müsse an diesem Tage auf der Straße seine Pflicht tun. Die werktätigen Waffen sollten sich zu einer dritten Gegenfront zusammenschließen und diese bis in die Weichen der Schulpolizei ausdehnen. Es sprach noch der Abgeordnete Thiermann, der Chinese Kich, der Amerikaner Baldwin, Sekretär der Liga für Menschenrechte, sowie der Kommunist Münzberg. Dann wurden mehrere Resolutionen angenommen.

Besserung im Befinden des Königs von Rumänien.

Die Rumänische Gesandtschaft in Berlin gibt folgendes amtliche Bulletin über den Gesundheitszustand des rumänischen Königs bekannt: Der König hat eine ruhige Nacht gehabt. Das Allgemeinbefinden hat sich gebessert. Temperatur heute mittag 37, Puls 90, Atmung 22.

Rußische Auffassung über die Thronfolgefrage in Rumänien.

* Bukarest. Die Parteileitung der Nationalbauern hat beschlossen, sich in der Thronfolgefrage den anderen Parteien anzuschließen und auch für die Annahme des Prinzen Michael und seine Regentschaft einzutreten. Dies ist begründet, weil die Partei seinerzeit in einem Beschluß für Carol Stellung genommen hatte. Die politische Lage hat sich infolge des Weiterbleibens der Regierung derubigt. Überhaupt hat den Vorschlag einer nationalen Regierung fallen gelassen und bedachtigt seine Wenderung der Regentchaft.

Politische Tagesübersicht.

Amnestiegesetz für Sudeten in Italien. 14 Sudeten der Stadt Vercelli, die zahlreiche Familien ins Unglück gestürzt haben, sind zu Zwangsarbeit in den Kolonien verurteilt worden. Das englische „Stimmenrohr für Dordrecht“. Die verurteilten heißt das Kabinett, in der Frage der Ausdehnung des Wahlrechts auf weibliche Personen vom 21. bis 30. Jahr keine eine Entscheidung zu treffen. Gestern abend wurde

das „Stimmenrohr“ genannte Verzeichnis der weiblichen Wählerinnen in England im Parlament zu verlesen, die Entscheidung an demselben Tage im Parlament zu verlesen, die Entscheidung an demselben Tage im Parlament zu verlesen.

Das zweite französische Friedensprogramm. Das gestern vom Präsidenten der Kammer genehmigte 2. Friedensprogramm für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. Juni 1920 hat den Bau von einem Kreuzer, fünf Torpedobootzerstörer, fünf U-Boote, einem U-Boot, das selbsttätig sinken kann, und von zwei Küsten für die Fernschiffahrt im Auslande vor.

Schwedisches Bürgerwehrwesen in Chicago. Die Schweizer Arbeiter berichten aus Chicago, daß dort gestern bei der Bürgerwehrwahl nicht weniger als 2000 Wähler mit Freiwaffen und Freiwaffen ausgestattet waren. Trotzdem kam es zu zwei Bombenattentaten und Entführung einer Anzahl Personen, darunter zwei Richter, die als Wahlagenten aufgetreten waren.

Der Kampf der englischen Arbeiter gegen die Gewerkschaftsreform. Der Volkskongress der parlamentarischen Arbeiterpartei beschloß gestern im Parlament die Einmündigung der 2. Lesung der Vorlage über das Gewerkschaftswesen um 6 Monate zu beantragen.

Annahme des Schiedspruchs im Werftarbeitskampf. Die gestern in den Hamburger Werftarbeiten vorgenommene Urabstimmung ergab laut Hamburger Fremdenblatt die Annahme des Schiedspruchs des Reichsarbeitsministers. Damit wird der in der ersten Urabstimmung abgelehnte Hamburger Schiedspruch in seiner Fassung anerkannt, aber vom 1. Oktober dieses Jahres mit einer Verzögerung der Arbeitszeit von 54 auf wöchentlich 59 Stunden erfolgen.

Verkauf ehemals deutscher Schiffe in England. Gestern wurde namens der Regierung der Verkauf von 8 früheren deutschen Dampfern von 4500 bis 8000 Tonnen, die 1914 in Buenos Aires Zuluft geflohen hatten, zu Ende geführt. Infolge des Alters und des Zustandes der Schiffe sind die erzielten Preise nur gering. Einige Schiffe sind nur zum Abbruch geeignet.

Verlust diplomatischer Dokumente. Die Daily Express wissen nicht, bei wem der japanische Diplomat die Dokumente in einer Autodrohke diplomatische Dokumente „von vitaler Wichtigkeit für England und Japan“ verloren.

Die Friedensstärke des französischen Senats. Der Senatsausschuß der Kammer hat bei der Weiterberatung des Gesetzesentwurfs bez. die allgemeine Organisation des Senats entsprechend dem Regierungsentwurf die Zahl der Friedensdivisionen auf 20 einschließlich der vier im Rheinland stehenden Divisionen festgelegt.

Abkündigung der Erbschaftsteuer in Amerika? Das Schachamt deutet an, daß es demnach die Abschaffung der Erbschaftsteuer vorschlagen werde, da ihr Ertrag ohnehin nur auf vierzig Millionen geschätzt werde. Das Schachamt gab an, daß der Vorschlag Widerstand im Kongress finden werde.

Gesellschaftsabend des Reichsverbandes der Deutschen Presse. Auf Einladung des Reichsverbandes der Deutschen Presse fand am Montag in den Räumlichkeiten des Hotels Adlon ein Gesellschaftsabend statt, zu dem zahlreiche Mitglieder der Reichs- und preussischen Regierung, Vertreter der Länder, Reichs- und Landtagsabgeordnete und sonstige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erschienen waren.

Amerikanischer Protest gegen die Unterdrückung Deutschlands in Rumänien. 30000 Amerikaner, darunter viele bekannte Kirchenfürsten, zahlreiche Farmer und Rabbinder versammelten sich gestern in Rumänien ein Telegramm, in dem sie gegen die Unterdrückung der Rinderheerden der Deutschen, der Ungarn und der Juden in Rumänien protestierten.

Rußenscheitungen in Sizilien. Die die „Tribuna“ berichtet, daß gestern in Sizilien mehr als 400 verhaftete Personen verhaftet worden, darunter auch ein Notar, der als einer der Führer der Mafia bezeichnet wird.

Anklage gegen Rouquier wegen Ables Kadrede. Aus Paris wird gemeldet: Die Humanität beschäftigt in einer Nacht aus Chateauroux die Waffentundegebung, das gegen den von französischen Kriegsgericht in London freigesprochenen Beniamin Rouquier hinsichtlich eine Anklage eingeleitet wurde. Das Blatt will erfahren haben, daß Rouquier in der Angelegenheit der Ables Kadrede gegen ein junges Mädchen aus sehr ehrenhafter Familie bereits dreimal vom Untersuchungsrichter vernommen wurde und daß eine öffentliche Gerichtsverhandlung darüber vor dem Staatsgericht ohne Zweifel in kurzer Zeit stattfinden werde. In der Stadt Chateauroux ereigte die Angelegenheit großes Aufsehen.

Schändung des Grabes eines deutschen Varrers. In der vergangenen Nacht wurde in Wustlowich das Grabmal des Varrers Bekler mit Dynamit gesprengt.

Deutsch-polnische Schlichtungskommission. Wie der amtliche preussische Vorkommnisse des Ministeriums des Innern an die nachgeordneten Behörden mitteilt, läuft die Arbeit zur Annahme von Streitfällen aus dem deutsch-polnischen Wiener Abkommen über Staatsangehörigkeit und Optionsfragen vom 30. August 1904 bei den Schlichtungskommissionen am 10. dieses Monats ab. Solche Streitfälle müssen dabei spätestens bis zum 15. April dieses Jahres dem deutschen Delegierten der Kommission, Ministerialrat Meyer, Berlin NW 7, Unter den Linden 72, vorgelegt sein.

Der Barmat-Prozess.

* Berlin. In der gestrigen Verhandlung machte der Angeklagte Konrad Engelmann über die Schuld von 400000 Mark bei Barmat folgende Angaben: Für Aufwandsgebühren habe er 42000 Mark gebraucht, Minister Hoff hat 33000 Mark erhalten, für 108000 Mark seien Effekten gekauft worden, auf Privatentnahmen entfielen 28000 Mark, auf Beteiligung bei der Reichsbank-W.G. 45000 Mark, bei der Wolog 82000 Mark. Zwischen Schäfer-Bonn und ihm habe kein Darlehensvertrag über die zwei Millionen bestanden, sondern er habe nur einen Schuldschein von Schäfer erhalten. Die Bauschifferei für den Architekturbau sei über sein Konto gegangen. Auf die Frage des Vorsitzenden ob es ihm nicht aufgefallen sei, daß Schäfer so leiten Beträge von dem Konto abgerufen habe und warum er nicht nachgefordert habe, ob Schäfer sich gebührend für die Rittmeyer Angelegenheit interessiert habe, antwortete der Angeklagte, er habe dazu nicht Zeit gehabt.

Verurteilung wegen Spionage in den Krupp-Betrieben.

X Weipatz. Wegen Vergehens gegen § 6 des Spionagesgesetzes wurde der Baron angeklagte Gustav Engelhaag aus Essen vom 5. Strafsenat des Reichsgerichtes zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Jahr der ersten Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet. Engelhaag stand unter der Anklage, in den Jahren 1920-25 in Essen Nachrichten, die im Interesse des Staates geheim zu halten waren, dem französischen Nachrichtenbüro übermitteln zu haben. Engelhaag gab an, dem französischen Spionagenagenten Ritterlungen über Vorgänge der Firma Krupp, der er es beschuldigt war, gemacht zu haben. Es habe sich jedoch nicht um getauete zu haltende Dinge gehandelt; über militärische Dinge habe er mit dem Agenten nicht gesprochen.

Verhandlungen des Reichstages in Berlin

1. Tag (Fortsetzung)

Im Hinblick auf den Vortrag von Otto-Brosch über die Bedeutung der Individual-Psychologie in der allgemeinen Psychologie ist die Aussprache vorzugsweise mit dem Ziel der körperlichen Beseitigung der psychischen Störungen verbunden. Die Beseitigung der psychischen Störungen ist ein wichtiger Bestandteil der Individual-Psychologie. Die Beseitigung der psychischen Störungen ist ein wichtiger Bestandteil der Individual-Psychologie. Die Beseitigung der psychischen Störungen ist ein wichtiger Bestandteil der Individual-Psychologie.

2. Tag

Den zweiten Verhandlungstag leitete ein Vortrag von Walter Scherer über die Jugendbewegung im Rahmen der Schulreform ein. Die Rede betonte die Notwendigkeit der Jugendbewegung im Rahmen der Schulreform. Die Jugendbewegung ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform. Die Jugendbewegung ist ein wichtiger Bestandteil der Schulreform.

Aus den Landtagsausschüssen

Dresden. Der Verwaltungsausschuss erledigte in seiner gestrigen Sitzung 48 Einlagen. Von diesen sind eine der Regierung zur Erwidmung, 10 der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen, 18 dem Reichsausschuss zur Verfügung gestellt, 2 wurden durch die Erklärung der Regierung für erledigt erklärt und 5 sind an die hierfür zuständigen Ausschüsse überwiesen worden.

III. Dresden, 6. April. Der Landtagsausschuss B bewilligte in seiner heutigen Sitzung den zweiten Teilbetrag für die Beteiligung des Landes Sachsen an den Arbeiten des Südbahnsystems des Mitteldeutschen Kanals in Höhe von 600.000 Mark, so daß z. B. einschließlich des im vergangenen Jahre zur Verfügung gestellten Betrags 1 Million Mark bereitstehen. Der Reichsausschuss nahm in seiner Nachmittagssitzung Stellung zu den Anträgen, die verschiedene Parteien zum Gesetze über den Selbstverwaltungsausschuss gestellt hatten. Nach längerer Aussprache wurden die meisten Anträge abgelehnt, zumal sie durch die in der Vormittagsitzung angenommene Vorlage der Regierung in der Hauptsache als sachlich überholt gelten können.

Reise des Reichsausschusses nach Ungarn

Dresden. Ende März dieses Jahres hatte Herr Reichsausschusspräsident Dr. Wilhelm in Begleitung des Herrn Ministerialrats Dr. Graf Wirthum eine dreitägige Reise nach Ungarn unternommen, um einer Einladung des ungarischen Landwirtschaftsvereins folgend, die Sachverständigen in Budapest zu beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch mehrere landwirtschaftliche Großbetriebe in der weiteren Umgebung von Budapest besucht. Der Gesamteindruck dieses Besuchs war der, daß die ungarischen Landwirte durch starke Förderung seitens der Regierung eifrig bestraft sind, ihrem Vaterland in der schwereren wirtschaftlichen Lage, dem das Land nach dem Verlust von zwei Drittel seiner Fläche und nahezu drei Fünftel seiner Einwohner ausgeht, behilflich und daß sie hierzu auch die neuesten Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung und der Technik sich nutzbar zu machen wissen.

Polens Haltung in Oberschlesien

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, beschäftigt es sich, daß in Polens-Oberschlesien und holländischen Gründen Arbeiterentlassungen erfolgt sind. Diese Maßnahmen sind eine offensichtliche Verletzung des Senes Abkommens, ferner sind Erziehungsanstalten aus Geldern bestaht worden, die mit der Frage der Winderbeitslosen zusammenhängen. Das bedeutet eine Verletzung der Entscheidung des Völkerbundrates. Die Blätter unterzeichnen, daß ein solches Verhalten der Polen nicht geeignet ist, die Beziehungen zu Deutschland günstig zu beeinflussen.

Die Wohnungsschiedsungen beim Bezirksamt Berlin-Weeding

Berlin. (Funkpruch.) Nach einer Mitteilung des leitenden Bürgermeisters des Bezirksamtes Weeding sind die Ausscheidungen des verfallenen Stadtschuldenbuchs gegen einen höheren und einen niedrigeren Beamten, daß diese ebenfalls unbedingten Wohnungen zugewiesen hätten, vollständig abgelehnt. Es ist festgestellt, daß die Verordnungen des Bundes mindestens 1/2 Jahre zurückreichen.

Zum Tarifstreit in der schlesischen Metallindustrie

Breslau. Die am Dienstag erneut geführten Ausscheidungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters der Provinz Niederschlesien führten nach nahezu neunwöchiger Verhandlung zu folgenden Ergebnissen: Die Metallindustrie Niederschlesiens; Der Schlichter des vereinbarten Schlichtergerichts vom 10. März 1927 wird erneut zum Spruch erhoben mit der Bemerkung, daß der Lohn um 65 Pfennig herabgesetzt wird. Die Höhe der bisherigen Lohnsätze werden um 10 Prozent erhöht. Der Streit und die Ausspernung ist sofort aufgehoben.

Die Verhandlungen über die Aufnahme von Metallarbeitern in die Metallindustrie sind in der Hauptsache durch die Ausspernung der Arbeiter in der Metallindustrie bedingt. Die Ausspernung der Arbeiter in der Metallindustrie ist ein wichtiger Bestandteil der Metallindustrie. Die Ausspernung der Arbeiter in der Metallindustrie ist ein wichtiger Bestandteil der Metallindustrie.

Deutschland und die Albanienkommission

Berlin. (Funkpruch.) Wie uns mitgeteilt wird, ist Deutschland aufgefordert worden, sich an der Kommission zu beteiligen, die die Albanienfrage im Zusammenhang mit dem jugoslawisch-italienischen Konflikt aufklären soll. Die Teilnahme Deutschlands an der Kommission ist ein wichtiger Bestandteil der Albanienfrage. Die Teilnahme Deutschlands an der Kommission ist ein wichtiger Bestandteil der Albanienfrage.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

trat heute gegen 1 Uhr in Anwesenheit des Reichsministers Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammen, an der auch Vertreter der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei teilnahmen. Es wurden die Tagesordnungen des Tages behandelt, u. a. auch die Reichstagsfrage. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Berlin. (Funkpruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Reichs deutscher Zeitungsbetriebe von vorkriegsständiger Seite hört, trifft die Weidung nicht zu, daß sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in ihrer heutigen Fraktionssitzung mit der Reichstagsfrage in irgendeiner Weise beschäftigt hat. Es ist auch nicht richtig, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann zu ihrer heutigen Fraktionssitzung eingeladen hat.

Die Lage in Schanghai

Der Vormarsch der sibirischen Truppen anhalten. (Schanghai.) Der Vormarsch der sibirischen Truppen in Richtung auf den Gelben Fluß steht jetzt auf dem Stillstand. Die sibirischen Truppen sind in Richtung auf den Gelben Fluß vorgerückt. Die sibirischen Truppen sind in Richtung auf den Gelben Fluß vorgerückt.

Schanghai. Eine englische Patrouille, die in der vergangenen Nacht auf See in Schanghai gesunken war, wurde gestern früh hinterbracht und an Land gebracht.

London. Zwei Helikopter haben Bericht erbracht, daß sich nach China zu begeben.

Paris. (Funkpruch.) Was de Paris zufolge plant die französische Regierung die Ablösung eines neuen Kreuzers und 600 Mann aus französischen und maroccanischen Kontingenten entnommener Soldaten nach Schanghai.

Die Zwischenfälle in Hankow

London. Einer Neuentdeckung zufolge werden der britische, der amerikanische und japanische Gesandte in Hankow anlässlich der Ausscheidungen in Hankow den Rationen der amerikanischen Note in Richtung auf Washington nach Hankow telegraphiert worden. Wie verlautet, stimmt sie in allen wesentlichen Punkten mit der britischen und japanischen Note überein. Zwischen den Regierungen sind Beratungen im Gange, welche Schritte für den Fall ergriffen werden sollen, daß die Rationen der Forderungen der Mächte abgelehnt werden.

Die Londoner Protokolle des britischen Gesandten in Hankow übermitteln.

London. Die am maßgebender Stelle verlautet, ist die Note, die die Reparationsforderungen wegen der Hankow Zwischenfälle enthält, dem britischen Gesandten in Hankow heute telegraphisch übermittelt worden.

Das neue Lehrlingsrecht

Als Jugenblühen umfassen. — Anerkennung als Lehrbetrieb. Neue Bestimmungen der Berufsvereinigungen.

W. Der vom Reichsarbeitsministerium (sechsten veröffentlichten Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes stellt eine erhebliche Erweiterung der bisherigen gesetzlichen Vorschriften über die Berufsausbildung dar.

Er umfaßt grundsätzlich alle Jugendlichen vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, die als Arbeiter oder Angestellte oder zu ihrer Berufsausbildung als Lehrlinge durch Arbeitgeber oder Lehrherren beschäftigt werden. Im brennenden Gegensatz zum geltenden Recht stellt der Entwurf den Grundgedanken auf, daß Lehrlinge nur in solchen Betrieben beschäftigt werden dürfen, die ausdrücklich als Lehrbetriebe anerkannt worden sind. Die Anerkennung wird regelmäßig von der gesetzlichen Berufsvereinerung ausgesprochen und zwar für jeden einzelnen Fall. Sie darf einen Betrieb als Lehrbetrieb nur anerkennen, wenn er nach Art und Umfang zur Berufsausbildung geeignet ist und wenn der Inhaber oder sein Vertreter das 18. Lebensjahr vollendet hat und beruflich tätig ist, den Lehrlingen die für die Berufsausbildung notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu übermitteln.

Neu sind auch die Vorschriften, nach denen die oberste Bundesbehörde anordnen kann, daß Betriebe, die nicht der Handwerkskammer unterstehen, als Lehrbetriebe nur unter den gleichen Voraussetzungen wie bei den Handwerksbetrieben anerkannt werden dürfen, wenn es bei der Berufsausbildung Beschäftigte eines Lehrbetriebs abgelehnt hat. Gedacht ist hier an die Betriebsabteilung in manchen Großbetrieben.

Ein besonderer Paragraph (§ 21) gibt den gesetzlichen Berufsvereinigungen die Möglichkeit, nähere Anordnungen zu treffen über die beruflichen, geistigen und sonstigen Voraussetzungen, namentlich an dem Gebiete der Schulbildung. Die gesetzliche Berufsvereinerung kann auch anordnen, daß vor Einstellung des Jugendlichen als Lehrling eine ärztliche Untersuchung und Eignungsprüfung, die im Zusammenhang mit der beruflichen Berufsvereinerung vorzunehmen ist, durchzuführen ist. Anordnungen über Form und Inhalt der Lehrverträge, über das Verhalten des Lehrlingen zu gewöhnlichen Entgelt, über Urlaub und Ferien zu treffen. Solche Anordnungen gehen der Vertragsfreiheit der Parteien vor, können also auch nicht durch Tarifvertrag oder sonstige Gesamtvereinbarung außer Kraft gesetzt werden.

Die berufsausbildungsbefugnisse der Beteiligten bekommt durch das neue Gesetz eine weitgehende wichtige neue Bestimmung, die größten Nutzen auf dem Gebiete der Berufsausbildung zu bewerkstelligen.

Seite Funkpruch-Redaktionen und Telegramme

vom 6. April 1927.

Empfang des jugoslawischen Gesandten durch den Reichsarbeitsminister.

Berlin. (Funkpruch.) Der Herr Reichspräsident hat heute den neuernannten Gesandten des Königreichs Serbien, Kroaten und Slowenen, Salungale, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens, sowie des Abberufungsschreibens des bisherigen Gesandten des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, empfangen. An dem Empfang nahm außer den Herren der Umgehung des Herrn Reichspräsidenten in Vertretung des Reichsministers des Auswärtigen der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. von Schubert, teil.

Kein Schritt des Runtius Vaccelli.

Berlin. (Funkpruch.) Ein Berliner Morgenblatt hat berichtet, daß der Runtius Vaccelli bald nach dem Empfangen der ersten Ausführungen Dr. Stresemanns über die Konfessionsfrage beim Reichskanzler vorgelegt worden sei und daß hierauf die weiteren Erklärungen des Außenministers zurückzuführen seien. Wie die Blätter erfahren, entspricht diese Nachricht nicht den Tatsachen. Es ist weder eine Demarche noch überhaupt eine Rückfrage erfolgt.

5 Scheunen niedergebrannt.

Geobf. (Funkpruch.) In dem Dorfe Geobf. bei Geobf. sind gestern zu verschiedenen Zeiten 5 Scheunen mit sämtlichen darin befindlichen Ernteweräten, Erntegeräten, Wagen usw. den Flammen zum Opfer gefallen. Man vermutet Brandstiftung.

Verhaftung von Breslauer Volkspolizisten.

Breslau. (Funkpruch.) Wie die Breslauer Neuesten Nachrichten melden, sind gestern von der Breslauer Kriminalpolizei zwei obere Beamte des Volkspolizisten, ein Oberinspektor und ein Obersekretär, unter dem Verdacht festgenommen worden, in ihrer Amtsführung Unrechtes begangen zu haben. Es handelt sich um fingierte Rechnungen bei Rationierung. Der untergeordnete Beamte befindet sich auf 4-6000 Mark.

Beendigung des niederschlesischen Vorkriegsarbeiterstreiks.

Waldenburg. (Funkpruch.) Die Ausspernung in der niederschlesischen Vorkriegsindustrie ist am Dienstag beendet worden, nachdem der Reichsarbeitsminister am Sonnabend die Schiedsprüche über Lohn-, Gehalts- und Arbeitszeitfragen für verbindlich erklärt hat.

Keine Beschaffungen von Kriegswaffen für China durch die deutschen Reedereien.

Damburg. (Funkpruch.) Wie wir hören, haben der Verband deutscher Reederei und der ostasiatische Verein den Beschluß gefaßt, keinerlei Beschaffungen von Kriegswaffen und Kriegsmunition, die zur Verwendung in China bestimmt sind, in deutschen Häfen oder auf deutschen Schiffen zu übernehmen.

Drohender Streit der Hafenarbeiter Mannheim und Ludwigshafen.

Mannheim. (Funkpruch.) In einer hart beschriebenen Versammlung der Hafenarbeiter Mannheims und Ludwigshafens wurde der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 4. April, der eine Lohnerhöhung von 8 Pfa. ab 1. April und weiterer 8 Pfa. ab 1. Oktober vorsieht, mit 98 Prozent der abgegebenen Stimmen abgelehnt. Der Streit scheint unvermeidlich.

Der neue Bürgermeister von Chicago.

Chicago. (Funkpruch.) William Hale Thompson, der während des Weltkrieges wegen seiner unabhängigen und neutralen Haltung vielfach angefeindet war, ist zum dritten Male mit harter Mehrheit zum Bürgermeister erwählt worden.

Vier Personen von einer Lawine verdrückt?

Lion bei Montreux. Der Wächter eines 1980 Meter über dem Meeresspiegel gelegenen Felses, seine 26 Jahre alte Frau sowie ihr Tochterchen und ein junger Mann sind unter noch nicht aufgeklärten Umständen verschwunden. Man vermutet, daß die vier Personen bei dem Versuch, zu Tal zu fahren, in eine Lawine geraten sind.

Geschenk des Papstes an die Gattin und Kinder des Reichshausmarschalls.

Warschau. (Funkpruch.) Der Papst hat der Gattin und den beiden jugendlichen Kindern des Reichshausmarschalls 3 kostbare, aus Gold und Edelsteinen gefertigte Rosenkränze zum Geschenk gemacht.

Operationen in Französisch-Marokko.

Paris. Nach einer im „Zeit Journal“ veröffentlichten Meldung aus Rabat haben die französischen Truppen Marokko und Mulei Klarae nördlich Mekka wieder eingenommen und stehen zwei Kilometer von der Grenze der spanischen Marokkoprovinz entfernt. Trotz der abgelehnten Verhandlungen sei die Disziplinbewegung innerhalb der spanischen Marokkoprovinz nicht eingedämmt. An der französischen Front ist alles ruhig.

Entscheidung eines nordchinesischen Befehlshabers wegen Hochverrats.

Paris. (Funkpruch.) Der Information wird aus Peking vom heutigen Tage gemeldet: Admiral Witschenski, Befehlshaber der 8. Kantonnarmee, Chef des Gelbsees von Lingtau, ist auf Befehl des früheren Militärregimentes von Schanghai inhaftiert worden wegen Hochverrats hingerichtet worden. Er soll mit den Kantontuppen wegen der Übergabe von Schanghai verhandelt haben.

Die Verhältnisse in der Peking-Sozialpolitik.

London. (Funkpruch.) Die Reuter aus Peking meldet, sollen die in der Sozialpolitik verhafteten Russen und Chinesen künftiger sein.

Die Lage in Nicaragua.

Washington. (Funkpruch.) Die Gesundheitsbehörde in Washington meldet, daß die liberalen Truppen bei Managua entscheidend besieg worden sind. Dabei sind 1000 Kämpfer wurden dort unter harten Verlusten zurückgeworfen. In gleicher Zeit ist eine Abteilung El Dorado, die das Gros der Armee verstärken sollte, von den Regierungstruppen geschlagen worden.

Die Kleine

hilft Ihnen; Sie berichtet von freudigen und traurigen Familiereignissen. Der Goldbedürftige findet durch sie Verbindung mit dem Kapitalgewaltigen; der Kaufmann verkauft durch ihren Mund, daß er einen Teilhaber aufzunehmen wünscht. Überzeuge sich jeder von den vorzüglichen Eigenschaften dieser Anzeigerkategorie und bestelle im Bedarfsfall beim „Kleiner Tagblatt“ eine kleine

Anzeige

Neuer Schöpfer Lehrerbereich.

18. März. Am Freitag begann in Götting die Versammlung des neuen Schöpfer Lehrerbereichs. Der Bundesvorsitzende, Oberlehrer Bengel, Dresden, begrüßte die von den Delegierten des Bundes entsandten Vertreter und die Gäste: Bundesvorsitzende Prof. Dr. Sidmann und Prof. Dr. Grottel, sowie den Bundesrat Prof. Dr. Schlotter.

Nach den begrüßenden Worten des Vorsitzenden der Oberlehrer Delegierten, Lehrer Bede, nahm Prof. Dr. Richter vom Pädagogischen Institut in Götting das Wort zu dem Vortrag:

„Die Lehrerbildung“.

Die akademische Lehrerbildung ist in unüblichem Zusammenhang mit der deutschen Kultur- und Sozialgeschichte. Sie ist organisch aus politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, sozialen Umwälzungsprozessen und geistigen Forderungen erwachsen, die mindestens seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts die Bedeutung des Lehrberufes und der handarbeitenden Klassen steigern und erhöhte Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit wie die Entlastung ihres Menschentums stellen. Der Aufstieg der deutschen Volksschule zu einer Schule der Bildungsgrundlage für die ganze Nation führt folgerichtig zur Akademisierung der Lehrerbildung. Die schließliche Regelung auf Grund des Gesetzes vom 4. April 1923 stellt die zur Zeit folgerichtigste und geschlossener Lösung der Lehrerbildung in Deutschland und den Kulturländern überaus dar. Die Gründung pädagogischer Institute in enger organisatorischer oder arbeitstechnischer Verbindung mit der Universität und der Lehrerbildung war nach Lehre wie Forschung im Hinblick auf die besonderen Anforderungen des Lehramts an der Volksschule notwendig. Der reine Hochschulcharakter der Institute gewährleistete wissenschaftliche und unterrichtsmethodische Freiheit ebenso wie wissenschaftliche Unabhängigkeit und Neutralität. Unbeschadet der Unabhängigkeit erwacht den Instituten aus der Reichsverfassung (Religionsunterricht ist ordentliches Lehrgegenstand der Schulen), die Pflicht, auch das religiöse Kulturgut im Sinne seiner weltlichen Vermittlung zu pflegen.

In einer größeren öffentlichen Versammlung sprach am 28. März Oberlehrer Bengel über das Thema:

„Haben wir in Sachsen eine christliche Schule?“

Er zeichnete zunächst ein Bild der Krise unserer Zeit, die zugleich eine Krise der Schule sei, und stellte gegenüber der feilen Materialismus und jenen Idealismus, der immer wieder unserem Volk Hoffnung und Zukunft verdrängt. Dann zeigte er die christliche Schule der Vorlesung in ihrer Stellung im Volk und ihrer deutsch-christlichen Eigenart. Mit Eifer gingen die Reuerer nach dem Kriege daran, die neue Schule zu erbauen. Seit dem Uebergangsschulgesetz vom 22. Juli 1919, das den Religionsunterricht mit einem Fächercharakter beilegte, hat der Prozeß der inneren und äußeren Umwandlung der Volksschule nicht aufgehört. So formte man die neutrale weltliche Schule, die man schärfender als Gemeinschaftsschule nennt, reinigte Lehr- und Lehrerbildung von religiösem und nationalem Bildungsgut. Man verlor sich seinem pädagogischen Expressionismus. Das Kind wurde in den Mittelpunkt aller Schularbeit gestellt. Die

Kultur der Lehrer wurde entzündet, aller Zwang beseitigt, die Straße befreit. Die Unterrichtsarbeit beschrieb, ungeschminkt von Rücksichten auf Elternschaft und Staat, auf Schulziel und Leben neue Bahnen. Die weltliche Schule sollte zugleich die Schule eines neuen Menschentums sein. Aber es zeigte sich sehr bald, wie man Schule veränderte und Unausgeglichen eingeführt. Die Ergebnisse des Unterrichts, der noch immer für das Leben vorbereiten muß, gingen erschreckend zurück. Das Ansehen der Volksschule und des Volksschullehrers sank. Eine allgemeine Furcht aus der Volksschule legte ein. Der tiefe Grund des Rückganges der Leistungen war nicht die Verachtung der Methode und die Aufhebung des Zwanges, sondern die Verflüchtigung der Volksschule durch die vermehrten Nachhader. Auf Pädagogik, Politik und Wirtschaft hat die Krise der Volksschule gehandelt — die Vorbereitung hatte die Politik, und zwar jene proletarische Politik, die eine neue Menschheitskultur erstrebt. Freilich eine Kultur ohne Gott. Die neue Schule ist keine christliche Schule mehr. Nur für die Ayrastischen sind die Aufschriften: Religiöses Kulturgut! — Lebensfundel bestimmt. Das Heiligste der neuen Schule ist in die zwei Religionsstunden gebannt und darf sich weder im Lied, noch in Geschichte oder Deutsch zeigen. Denn die Schule muß Rücksicht nehmen auf die Neutralität der Arbeit und des Lehrenden. Die Schüler sind religionslos und bedürfen in jedem Falle die Verlesung der Kinder, die ein natürliches Recht auf ihr ewigkeithes Bewußtsein haben. Der Religionsunterricht ist durchaus unzulänglich. Die alte deutsche Kunst hat unendlich gelitten. Der deutsche Geist in der Volksschule ist zum guten Teile einem schwärmerischen, weltlichen Naivismus gewichen, der den Selbstbehauptungswillen unseres Volkes ermüdet. Eine christliche Schule kann nur ein Reichsschulgesetz bringen, das den drei Schularten, die die Reichsverfassung zuläßt, freies Feld gibt: der deutsch-christlichen (Konfessions-)Schule, der christlichen Simultan- oder Gemeinschaftsschule und der neutralen Schule ohne Religionsunterricht, also jener Form, wie sie, mehr oder weniger verflüchtigt, heute in Sachsen die Regelschule ist. Freilich etwas entsteht durch die zwei Stunden Religionsunterricht, die Sachsen nach dem Entschieden des Reichsgerichts zur Erfüllung der Reichsverfassung den übrigen Unterrichtsstunden andringen müßte. Schwere Aufgabe harri der Lösung. Die christliche Lehrerschaft, die der R. S. L. E. vertritt, muß in engem Verein mit der evangelischen Elternschaft alle Kraft daran setzen, für unser Sachsen eine Schule zu schaffen, die von christlichem Geiste durchweht ist, die einen entschiedenen Protest gegen moderne Verwahrlosung und einen Aufbau im besten Sinne des Wortes bedeutet.

Am zweiten Verhandlungstage sprach Oberlehrer Kühn-Dresden, der zweite Vorsitzende des R. S. L. E. über „Das Elternrecht“.

Des weiteren sah die Vertreterversammlung folgende zwei

Entscheidungen:

1. Die Vertreterversammlung begrüßt die Verordnung über die Verleihung der mittleren Reife durch die höheren Abteilungen der Volksschule. Man sieht in dieser Maßnahme des Ministeriums eine wertvolle Anerkennung der Bedeu-

tung der Volksschulbildung und ein wirksames Mittel, auch begabten Kindern unmittelbarer Volksschichten den Zugang zur mittleren Berufs- und Beamtenlaufbahn zu öffnen. Die Volksschullehrerschaft des R. S. L. E. wird freudig an dem Auf- und Ausbau dieser die Bedeutung der Volksschule bedingenden Einrichtung mitarbeiten.

2. Die Erklärung der Reichsregierung und die Mitteilung des Preussischen Kultusministeriums lassen keinen Zweifel mehr darüber, daß bereits Verhandlungen über den Abschluß eines Konkordats zwischen dem Deutschen Reichsbeamten und dem Preussischen Staat einerseits und der Römischen Kirche andererseits gepflogen werden. Der R. S. L. E. richtet deshalb an den Reichstag die dringende Bitte, dem Abschluß eines Konkordats mit der Römischen Kirche unter keinen Umständen die Zustimmung zu geben; Konkordate beinträchtigen die Gerechtigkeit des Staates, der aus eigenem Recht seine Verhältnisse zur Kirche kraft der Reichsverfassung regeln kann und soll. Der R. S. L. E. fordert eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Kirche und Schule, lehnt aber eine Verflechtung des Schulwesens in jeder Form ab.

Jugendforderungen und Arbeitsschutzgesetz.

Die Jugendführertagung des Landesverbandes Sachsen der deutschen Jugendverbände, die am vergangenen Sonntagabend im Ministerialgebäude in Dresden in Anwesenheit verschiedener Vertreter der Regierung und sonstiger Behörden stattfand, beschäftigte sich mit dem Arbeitsschutzgesetz und den darin enthaltenen Jugendforderungen. Der Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Heinrich Vider-Dresden, referierte über das Thema „Die Jugendforderungen und das Arbeitsschutzgesetz“ und machte dabei leider geltend, daß der Gegenstand dieser Forderungen so gut wie vorüber sei. Der Redner betonte, wie äußerst wichtig es sei, den Nachwuchs der hand- und kopfarbeitenden Bevölkerung vor Schädigungen durch die Berufsarbeit zu bewahren. Das liege nicht nur im Interesse dieser Jugend selbst, sondern sei Lebensfrage für die Wirtschaft und das Volk überhaupt. In der Aussprache traten die Jugendführer der verschiedenen Verbände dafür ein, daß auf die maßgebenden Kreise einwirken werden müßte, um die Jugendforderungen in das Arbeitsschutzgesetz noch einzubringen. So ist die nachfolgende

Entscheidung.

die einstimmig von der Versammlung angenommen wurde, ein Koppl der Jugendführer an alle, die es angeht, vor allen Dingen an die Parlamentarier, Behörden und Kreise der Wirtschaft, diesen Forderungen zur Verwirklichung zu helfen, ehe es zu spät ist. Die Entscheidung lautet:

„Die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands zwingt immer weitere Volksteile, ihre geistigen und körperlichen Kräfte in den Dienst des Wirtschaftslebens zu stellen. Durch die Rationalisierung der Wirtschaft werden an den einzelnen immer höhere Anforderungen gestellt. Diese Entwicklung fördert die Ausbreitung der Berufskrankheiten und führt zur Entfesselung der Berufsarbeit. Die Erhaltung der Volksgesundheit ist eine Lebensfrage für das deutsche Volk und seine Wirtschaft. Die im Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände zusammengeschlossenen Jugendorganisationen haben sich die

Der Verteidiger.

Roman von H. Dr. Mann.

(Nachdruck verboten.)

Es war an einem Junimorgen des Jahres 1892, am ersten Tage der von jedem Rechtsbeistand innig ersehnten Gerichtsferien. Mein Koffer stand gepackt, das Reiseheft arbeitete in meinem Blute, und mein Herz war voll sonniger Reife. Mein lebenswürdiger Freund und „Firmenlehaber“, der Justizrat v. H., hatte mir großmütig die erste Ferienhälfte überlassen, und nur ein Zufall hatte mich verhindert, schon gestern nachmittag, unmittelbar nach der Wahrnehmung meines letzten Termins, den geliebten Troler Bergen entgegenzubringen.

In einer Stunde erst sollte mein Zug abgehen. Ich hatte also noch Zeit, in Gemächlichkeit zu frühstücken und meine Morgenzeitung zu lesen. Aber meine freudige Erregung raubte mir so ziemlich jedes Interesse an den Welt-ereignissen. Flüchtig und zerstreut ließ ich meine Augen über die Spalten dahingleiten, und eben wollte ich das Blatt aus der Hand legen, als mir die Empfindung kam, ich müßte eben über einen lieben, wohlvertrauten Namen hinweggelesen haben. Weil es mein bester, wahrhaft brüderlich geliebter Freund war, der diesen Namen trug, machte ich mich daran, in dem Ozean von Druckerwörter, darinnen er mir gleich wieder verloren gegangen war, nach ihm zu suchen. In der Rubrik der „Vermischten Nachrichten“ mußte es gewesen sein, in jener ominösen Rubrik, die zum Teil von Naturkatastrophen, Unglücksfällen und sensationellen Verbrechen zu erzählen weiß. Ich las ein paar Zeilen über einen Eisenbahnzusammenstoß, eine verheerende Feuerbrunst und einen genialen Bankdiebstahl, ohne den genannten Namen wiederzufinden. Da — was war das? — ein eiskaltes Erschauern riefte über meinen Körper; denn mein Blick haßte auf einem durch Privat-Telegramm aus der Provinzial-Hauptstadt M. übermittelten Bericht, der in fürchterlicher Kürze lautete:

„Einem tragischen Schicksal ist hier am gestrigen Tage ein junges, blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen. Der Ingenieur Karl Wölter, ein hochbegabter und wegen seiner vorzüglichen Charaktereigenschaften allgemein geliebter Mann von kaum Lebenslangem Jahren, ist von seinem vertrautesten Freunde, dem Regierungsbaumeister Georg Duggenbogen, mitten in der übermütigsten Unterhaltung erschossen worden. Jeder Verdacht eines Verbrechen scheint nach Lage der Dinge völlig ausgeschlossen. Wölter, der nach fast eine Stunde lang bei vollem Bewußtsein war, ehe er trotz sofort requirierter ärztlicher Hilfe an der erlittenen Verletzung starb, hat wiederholt auf das Bestimmteste erklärt, daß seinen unglücklichen Freund kein Verbrechen treffe. Er selbst hatte ihm versichert, daß der seit vielen Monaten auf seinem Schwäbisch gelegenen Revolver, durch den die tödbringende Verwundung erfolgte, ungeladen sei. Und der Regierungsbaumeister, der am Schicksal eines dem Ingenieur abgestatteten Besuches mit der Waffe hantierte, hatte während des in scherzendem Tone geführten Gesprächs schon fünfmal abgedrückt, ehe sich die einzige, noch in der Trommel befindliche Patrone entlad, von deren Vorhandensein der besagte Wölter nichts mehr gewußt hatte. Die Teilnahme für das Geschick des Verlebten ist allgemein, aber sie wendet sich in kaum geringerer Maße auch dem mittelständigen Urheber des Unglücks zu, der nur mit Mühe davon verhindert werden konnte, in seiner Be-

weilung Hand an sich selbst zu legen, und für dessen Gesundheit seine zahlreichen Freunde die ernstesten Befürchtungen hegen. Duggenbogen, ein in der hiesigen Gesellschaft sehr beliebter Persönlichkeit, hat sich sofort dem Behörden gestellt. Doch konnte bei der zweifelhaften Sachlage von einer Verhaftung nicht die Rede sein. Und es ist abzuwarten, ob sich die Staatsanwaltschaft etwa zur Erhebung einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung veranlaßt sehen wird.“

Ich war wie gelähmt. Wohin war also meine Reife, Reife! — Und was waren mir jetzt noch die Troler Berge!

Die Unglücklichen, von denen dieser Bericht erzählte, sie hatten ja beide einen Platz in meinem Herzen. Die heitersten und glücklichsten Tage meines Lebens waren es, die ich mit ihnen genossen hatte. Und aus der lustigen Studentenzeit hatten wir die Freundschaft, die uns verband, ungetrübt und unverändert hinüber gerettet in den kämpferischen Ernst des Erwerbslebens. Freilich hatte der stille, sanfte, feinfühlig und hochsinnige Georg Duggenbogen mir allezeit um vieles näher gestanden als der bei aller Gutmütigkeit doch viel oberflächlichere Wölter, auf den ich mich in irgendeiner kritischen Situation meines Lebens bei weitem nicht so fest und so unbedingt verlassen haben würde wie auf den bis zur Selbstaufopferung unermüdeten Duggenbogen.

Und gerade diese beiden hatte das zermalnende Verhängnis treffen müssen, das grausigste, das meine Phantasie sich nur immer ausmalen vermochte! Ich wußte, wie stark und unzerstörbar das Band gewesen war, das sie miteinander verknüpfte — hatte die Bestätigung dafür noch in dem letzten Briefe erhalten, den Georg Duggenbogen vor kaum vier Wochen an mich geschrieben. Ein unwiderstehliches Verlangen überkam mich, diesen Brief jetzt noch einmal zu lesen. Ich forderte ihn mit zitternder Hand aus meiner Privatkorrespondenz zutage, und mehr als einmal verdunkelten feuchte Tränen meine Blicke, während er über die gleichmäßigen, fast frauenhaft zierlichen Schriftzüge dahinglitt. Denn es war der herzenserguß eines überaus glücklichen Menschen, eines Mannes, der alle seine Wünsche erfüllt oder der Erfüllung nahe sieht, und dessen sonnige Gemütsstimmung durch nichts getrübt wird, als durch ein laßes Gefühl der Furcht vor dem Reich der Götter, die dem Sterblichen nun einmal nicht vergönnt mögen, ganz glücklich zu sein. So wenigstens stand es wörtlich am Schluß des Briefes zu lesen, dieses Briefes, in dem mir der Regierungsbaumeister Mitteilung machte von seiner eben erfolgten Verlobung mit einem — wie er sich ausdrückte — ebenso schönen als lebenswürdigen Mädchen, einem Fräulein Nora Engelhardt, der Tochter eines vor mehreren Jahren verstorbenen Arztes.

„Was darf ich jetzt noch Rüstliches vom Leben verlangen“, schrieb er, „das ich nicht schon besitze? Ein lebenslanges geliebtes, herrliches Mädchen — einen treuen Freund in der Ferne und einen anderen, der sich meines Glückes freut, wie wenn es sein eigenes wäre, in unmittelbarer Nähe — die allgegenwärtigen Ausblicke in meinem Beruf — und ein Vermögen, das groß genug ist, mich und die Meinen allezeit vor armseligen Bedenken zu schützen! Gibt es daneben noch irgend etwas, das des Begehrens wert wäre? Wahrhaftig, ich muß wohl glauben, daß Wölter recht hat, wenn er mich in einer netten freundschaftlichen Art ein Sonntagsgesand nennt und einen erklärten Liebhaber des Schicksals!“

Denn kam der Schicksalsschlag von dem Reich der Götter. Ich hatte ihn damals in einer Ecke gesessen, und

mit einem Scherz hatte ich ihn bei Gelegenheit meines Glückwunsches zur Verlobung beantwortet. Aber wie ganz anders muete er mich heute an, heute, wo meines armen Freundes Glück in Scherben am Boden lag, wo er mir in seinem unerschuldeten Leid als der mittelwichtigste aller Menschen erschien!

Meine Reisepläne hatten natürlich mit diesem Augenblick eine gründliche Veränderung erfahren. Das Rundreiseflekt, zwischen dessen Blättern sich unsichtbar (soweit freudige Hoffnung barg, mochte ungenützt verfallen. Denn die heiligsten Pflichten riefen mich dahin, wo ich als Freund und Tröster, vielleicht auch als rechtskundiger Berater möglicherweise von einigem Nutzen sein konnte — ganz abgesehen davon, daß ich unbedingt unter denen sein mußte, die dem unglücklichen Wölter das Geleit gaben auf seinem letzten Erdengange.

Ich befragte das Kurzbuch, benachrichtigte mit einigen rasch hingeworfenen Zeilen meinen väterlichen Freund und Kollegen von dem traurigen Anlaß meiner veränderten Reise dispositionen und fuhr mit dem nächsten erreichbaren Zuge nach M.

Der Abend war schon hereingebrochen, als ich mein Ziel erreichte. Der klar und sonnig hell heraufsteigende Tag hatte während meiner Fahrt eine immer grünlichere Miene aufgesetzt, und jetzt regnete es in Strömen, während ein beinahe winterlich kalter Wind durch die Straßen legte. Ich hegte wenig Hoffnung, Georg in seiner Wohnung anzutreffen, denn ich wußte ja, daß er eine Braut und daß er gute Freunde hatte. Die konnten einen Menschen in seiner Gemütsverfassung zwei Tage nach gechebenem Unglück unmöglich sich selbst und seinen fürchterlichen Gedanken überlassen. Aber ich mußte doch zunächst in seine Behausung, um zu erfahren, wo ich ihn finden würde. Und da bedeutete es mir eine nicht geringe Ueberraschung, als mich seine Wirtschafterin, die ich von einem früheren Besuche her kannte, mit der Erklärung empfing, der Herr Regierungsbaumeister sei drinnen in seinem Arbeitszimmer, und wenn er auch auf das Strengste befohlen habe, niemanden vorzulassen, so möge ich doch in Gottes Namen hineingehen. Für mich könne der Befehl unmöglich Geltung haben, und außerdem sei es für den armen Herrn sicherlich eine Wohltat, Gesellschaft zu bekommen.

Ich klopfte, und ohne eine Aufforderung abzuwarten, trat ich ein. Aber Georg hatte mein Klopfen offenbar ebenfowenig gehört als den Klang meiner Schritte. Er saß mit aufgestülptem Haupte vor dem großen Schreibtisch, auf dem allerlei Pläne ausgebreitet waren, und erst da ich ihn mit gedämpfter Stimme bei seinem Vornamen rief, drehte er sich nach mir um.

Sein Gesicht, eines der feinsten und schönsten Männergesichter, die mir je in meinem Leben begegnet sind, war schmerzhaft, aber in seinen Zügen wie in dem Blick seiner Augen war eine Ruhe, die mein angstvolles pochendes Herz als namenlose Erleichterung empfand.

„Du bist's, Walter? — Ich wußte wohl, daß du kommen würdest. — Aber wie hast du meinen Brief so schnell erhalten?“

„Ich erhielt keinen Brief, Georg! — Ich las es in der Zeitung, und da —“

Er hatte sich erhoben. Groß und schlanke stand er vor mir, wohl um eine halbe Kopflänge höher als ich, und mit der Herzlichkeit der alten, glücklichen Tage richtete er mir die Hand.

„Du hast du aufgefordert! — Ich danke dir, du mein lieber, Götter! — Aber dein Lieberleber ist ganz naß. Komm, lege ihn ab! Mir haben wohl viel mitgebracht.“

Erhaltung dieser wertvollen Volksgüter zur Aufgabe gemacht. Aus diesem Grunde haben die deutschen Jugendverbände auf ihren Reichstagsanträgen nachstehende Forderungen aufgestellt:

1. Grundtätliche Ausdehnung der Ausbildungsstellen für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Angestellten auf das Alter vom 14. bis zum vollendeten 18. Jahre.
2. 3 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschl. Lehrlinge) unter 18 Jahren und 2 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschl. Lehrlinge) zwischen 18 und 18 Jahren.
3. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden (einschl. des Nachunterrichts und der Zeit, die für die Auftragsarbeiten beansprucht werden können).
4. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabendmorgen oder Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche.
5. Festsetzung ausreichender Arbeitspausen.
6. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.

Das Bemühen der Jugendverbände muß vom Staate mit allen Mitteln unterstützt werden. Der vorliegende Entwurf des Arbeitschutzgesetzes hat die Forderungen der Jugendverbände aber so gut wie gar nicht berücksichtigt. Die gesetzliche Festsetzung der Ferien für die wertvolle Jugend fehlt gänzlich. Die im Entwurf als zulässig vorgesehene Arbeitszeit geht weit über die 48 Stundenwoche hinaus, während die Beschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche nicht ausgedrückt ist.

Sachsen ist ein ausgeprägter Industrie- und Bergbauland. Erhaltung und Ausbau der Wirtschaft sind abhängig von einem körperlich und geistig gesunden Nachwuchs der hand- und forstarbeitenden Bevölkerung.

Die am 2. April im Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium tanende Konferenz des Landesauschusses Sachsen und anderer Jugendverbände erwartet deshalb, daß die Jugendforderungen vom Reichstag im Arbeitschutzgesetz voll und ganz erfüllt werden.

Von der sächsischen Regierung erwartet die Jugendverbände die Errichtung eines Jugendlabors beim Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, das unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Verbände der Arbeitnehmerschaft die Jugendbeschäftigten in den Betrieben zu unterstützen hat.

Im zweiten Teil der Landesauschusskonferenz erhielt der 1. Vorsitzende, Herr A. Richter, den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und übergab dann die Geschäfte dem sachgemäß mit dem 1. April an seine Stelle tretenden Herrn Dr. Bünner.

Strefemann-Müller-Prozess in Blauen.

Am 10. April im Fläuerer Prozeß Strefemann gegen Müller wandte sich zu Beginn der Verhandlung am Dienstag der Vorsitzende gegen die Berichtserstattung der „Deutschen Zeitung“: er müsse das Gericht in Zusammenhang mit dem Berichtserstattung, die geradezu alle Grenzen des Anstandes und der Zulässigkeit der Kritik überschreite. Vielleicht werde er, der Vorsitzende, von dem Recht der Ausschließung des Berichtserstatters Gebrauch machen, wenn nicht Richtigstellung und Zurücknahme der Vorwürfe erfolge. Strafantrag bleibe selbstverständlich vorbehalten.

Justizrat Hahn stellte weitere Beweisaufträge über die Art der Geschäftsführung der Evaporator, denen der Staatsanwalt und Rechtsanwalt Dr. Kunz widersprachen. Die Entscheidung darüber wurde zurückgestellt.

Der am Montag vernommene Oberregierungsrat Gorbelt erwähnte seine Aussage über den Erwerb des Aktienmaterials

Sein Benehmen war anders, als ich's erwartet hatte. Er war in diesen zwei Tagen augenscheinlich Herr geworden über die wilde Verzweiflung, die ihn in der Stunde des Unglücks zum Selbstmord treiben wollten. Aber wie er dann, nachdem er meinen Rod und Hut selbst auf den Vorplatz hinausgetragen, wieder ins Zimmer trat, da hatte ich für einen Moment doch die beklemmende Empfindung, daß etwas seltsam Gezwungenes in seinem Wesen sei und etwas Unnatürliches in seiner freundlichen Ruhe.

„Du hast gelesen?“ fragte er. „Sie schreiben also in aller Welt darüber? — War es ein ausführlicher Bericht?“

„So ausführlich, daß ich dich nicht mit der Bitte um eine Erzählung zu peinigen brauche, wenn es dir jetzt noch schwerfällt, darüber zu reden.“

„Er hatte seinen Platz am Schreibtisch wieder eingenommen und wie vorher den Kopf in die Hand gestützt. Eine kleine Weile schwieg er, dann kam seine Erwiderung: „Ja, erzähle — was sollte ich dir noch viel erzählen, Walter? — Ähler Karl Wolters ist tot, und ich habe ihn erschossen. — Wie sonderbar das klingt, nicht wahr? Wenn man es hört, sollte man wohl glauben, daß es Wahrheit sein könnte?“

„Nicht du hast ihn erschossen, Georg! Ein plumper, lächerlicher, nichtswürdiger Zu'all hat ihn getötet.“

„Wie zustimmend bewegte er den Kopf.“

„Ja. — Aber ein Zufall, der sich meiner Hand bediente — daran ist nun einmal nichts zu ändern. Glaubst du an ein Fatum?“

„Nicht im Sinne eines überzeugten Moslems vielleicht, aber —“

„Aber ein wenig von diesem Glauben steckt doch in uns allen, geht? — Und je mehr ich nachdenke, desto mehr festigt sich in mir die Ueberzeugung, daß es unsern Karl von allem Anfang an bestimmt war, so zu sterben. Ein so glückliches Leben wie das seine ist von der Forderung nicht auf eine lange Dauer berechnet? Das bei anderen an irdischem Vergnügen spärlich über sechs oder acht Jahrzehnte verstreut ist, das hatte er in ebensoviel Jahren genießen dürfen. Er ließ sich vom Leben tragen, wie ein Schmetterling sich vom Windhauch tragen läßt, sicher, daß es doch immer nur Blumen und wieder Blumen sein werden, auf denen er sich zu glückseliger Rast niederläßt. Schmetterlinge aber sind nicht bestimmt, ihr Dasein sich und hinwähren durch einen langen Winter zu schleppen. Witten im Laumel ihrer Freuden ereilt sie der Tod. Wenn es nicht meine Hand gewesen wäre, die ihm diesen Tod gegeben, wahrhaftig, ich würde unsern Karl Wolters nicht befragen.“

Seine langsame, tonlose Rede zerschchnitt mir das Herz. Ich verstand ja, daß alles, was er sagte, nichts anderes war als ein in martervollen Stunden ausgeflügelter Trost, der doch die Schmerzen seiner zerrissenen Seele nicht zu lindern und zu säntigen vermochte. Aber er hatte mit dem doch wenigstens den Weg bezeichnet, den ich einschlagen mußte, um beschwichtigend auf die Folterpein seiner Selbstqual einzuwirken. Und so stimmte ich ihm zu, brachte alles, was mir eben einfiel, vor, ihn in seinem Glauben an eine unabwendbare Vorausbestimmung zu bestärken und erwähnte als einer besonderen Gnade des Schicksals schließlich auch noch des Umstandes, daß unser Freund weder Eltern noch Geschwister hinterlassen habe, die jetzt an seiner Bahre noch Geschwister hinterlassen haben, die jetzt an seiner Bahre noch Geschwister hinterlassen haben. Ein ergreifend dankbarer Blick aus Georgs dunklen Augen beachte mir, daß ich nicht umsonst

von Krona. Bei den Verhandlungen sei nie der Gehalt aufgezählt, das Material gegen Marx und Strefemann verwendet worden sollte. Von Interesse für die Erwerber sei das Material nur wegen der Verarmungsangelegenheit gewesen. Es sei ihm glaubhaft erschienen, daß die Aktien von einem Millipapierhändler kämen. Es handelte sich um 2 bis 3 Zentner im Monat.

Rechtsanwalt Dr. Kunz brachte den Zeugen Krona, wie Knoll von dem hier verwendeten Material Kenntnis erhalten habe. Krona erklärte das nicht zu wissen. Auf weitere Fragen teilte er mit, daß er das Material von mehreren Personen erhalten hätte, nicht auf Grund seiner Tätigkeit beim Reichsfinanzministerium, denn damals wäre er schon lange weg gewesen. Zunächst verhandelte er mit Major Strin. Er, Krona, habe ausdrücklich erklärt, daß die Bearbeitung ohne Rücksicht auf die Partei und Person erfolgen müsse. Wie sich Strin mit Weisk in Verbindung gesetzt habe, wisse er nicht. Einmal wurde er zu Weisk abgeholt, mit dem er verhandelte. Schließlich wurde ihm gesagt, daß Strin das Material für sich persönlich verwenden wolle. Daraufhin sei er zurückgekehrt, wurde aber dann wieder abgeholt und es wurde bestimmt, daß die Bearbeitung losgehen sollte. Krona habe sich mit Kapitänleutnant Rauber zusammen und arbeitete bis zum Januar. Während dieser Zeit habe er ständig Rücksicht auf die Staatsanwaltschaft gehabt.

Die Frage des Rechtsanwaltes Dr. Kunz, ob er die Aktien aus dem Berliner Polizeipräsidium angeboten habe, verneinte Krona. Rechtsanwalt Dr. Kunz hat um Verurteilung der Aktien des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Knoll habe nämlich angegeben, daß er den Untersuchungsausschuss nach Strin und Faden anfragen sollte. Hieraus wurde das Urteil im Prozeß Augustin-Knoll verlesen.

Die Frage des Reichsgerichts, ob Krona tatsächlich Feststellungen in der Richtung getroffen habe, daß verarbeitetes Geschichtsmaterial direkt oder indirekt von der Evaporator gegen die Ausfuhrvorschrift ins Ausland gebracht und das Reich dadurch geschädigt worden sei, verneinte der Zeuge.

Als dann Justizrat Hahn fragte, welche Beweismittel es mit den zurückdatierten Verträgen habe, beantragte Rechtsanwalt Dr. Kunz wegen Gefährdung der Staatssicherheit Ausschluß der Öffentlichkeit.

Für die Verhandlung und Verhandlung dieses Antrags wurde darauf die Öffentlichkeit ausgeschlossen, ebenso durch Gerichtsbeschluss für die weitere Vernehmung des Zeugen Krona über die zurückdatierten Verträge.

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlung ist der Vorsitzende bekannt, daß die in der Vormittagsverhandlung gefällten Beweisaufträge vom Gericht als unerschließlich abgelehnt wurden. Die Berichte des damaligen Bevollmächtigten Krona vom 10. November 1921 über die Verschrottungsgeheimnisse der Evaporator-Gesellschaft in Königsberg werden vorgelesen. Sie betrafen die Gesellschaft schwer. Sie seien, so erklärt der Zeuge, zusammengeheftet worden, nachdem er persönlich an Ort und Stelle sich von dem Tatbestand überzeugt habe. Der Zeuge F. Witwin bezeichnet die Evaporator A. G. als Sozium der Reichstreuhandgesellschaft.

Wohlfahrtsbriefmarken
werden verkauft bis 20. April 1927
Geltungsdauer bis 30. Juni 1927

„Ja,“ sagte er. „Du und ich, wir werden vielleicht die einzigen sein, die ihn aus aufrichtigem Herzen betrauern.“

„Es lag mir ja noch gar vieles auf der Seele, darüber es mich noch Ausruf und Aufklärung verlangte. Aber das primitivste Jartgefühl mußte mir verbieten, gerade von ihm irgendwelche Auskünfte zu verlangen. Ich wartete auf das, was er mir aus freien Stücken sagen würde. Aber ich war auf nichts so wenig gefaßt gewesen als auf seine nächste Frage: „Ist dies wirklich die höchste Strafe, Walter, die einen Mörder wie mich treffen kann?“

Dabei hielt er mir ein kleines Buch entgegen, das aufgeschlagen zwischen den Rissen und Klappen auf dem Schreibtisch gelegen hatte. Ich sah auf den ersten Blick, daß es das Strafgesetzbuch war und daß ein dicker Blau-Druck den Paragraphen 222 hervorhob, der da lautet: „Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“

„Kann man mich zu einer härteren Strafe als zu drei Jahren Gefängnis verurteilen?“ wiederholte er seine Frage.

„Nein, man könnte es nicht. — Aber was für Strafen und überflüssige Befürchtungen sind es, denen du dich da hingibst! — Nach allem, was ich über den Hergang in der Zeitung gelesen habe, wird dem Staatsanwalt ja überhaupt kaum eine Handhabe geboten sein, um Anklage gegen dich zu erheben.“

„Ich sagte es gegen meine bessere Ueberzeugung, denn ich wußte, daß in so gearteten Fällen zur Verhütung der öffentlichen Meinung immer Anklage erhoben und von den Gerichten fast ausnahmslos die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen wird. Seine Antwort bewies mir, daß er bereits in demselben Sinne informiert worden war.“

„Was wird mir den Prozeß machen, das ist außer allem Zweifel,“ erklärte er ruhig. „Und ich möchte nicht, daß du mich mißverstehst. Nicht die Furcht vor dem, was auf mich wartet, hat meine Frage veranlaßt.“

„Du hast ja auch kaum etwas zu fürchten,“ besetzte ich mich zu verteidern. „Von dem Strafmaßimum, das in diesem Strafgesetzbuch festgesetzt ist, kann selbstverständlich keinen Augenblick die Rede sein. Und ich halte eine Freisprechung für belohnend genug.“

„Er schüttelte den Kopf.“

„Du verstehst mich vollständig, Walter, wenn du meinst, mich in dieser Hinsicht irgendwie beruhigen zu müssen. Da die Strafe, die man über mich verhängt, hoch oder gering ist, was bedeutet es gegenüber der Qual da drinnen? — und er machte eine bezeichnende Handbewegung gegen seine Stirn hin. „Doch ich die Ansicht eines Juristen über das wahrscheinliche Strafmaß erfahren möchte, hat andere Gründe. Du wußt, daß ich verlobt bin. Die Hochzeit sollte auf den Wunsch meiner Braut erst im kommenden Frühjahr stattfinden. Aber du begreifst, daß ich Ursache haben würde, eine Beschleunigung meiner Heirat zu wünschen, wenn ich mit einer längeren Freiheitsentziehung rechnen müßte. Es handelt sich da neben manchem anderem darum, die Erfüllung meiner Braut sicherzustellen, was eben nur durch den Vollzug der Ehe in einer mich beruhigenden Weise geschehen könnte.“

„Ich glaube keine zartfühlende Sorge zu verstehen.“

„Was hindert dich unter solchen Umständen, Georg, die Hochzeit auf einen früheren Termin anzusetzen, ohne Rücksicht auf den Ausgang eines etwaigen Strafprozesses?“

„Er lenkte den Kopf und blickte vor sich nieder.“

Dann wird Generalmajor a. D. Wilhelm-Dobler als Bevollmächtigter für Hauptmann Knoll bestellt und vernommen. Er erklärt, Knoll aus dem Jahre 1908 zu kennen, wo er in Berlin Kompanieführer gewesen sei. Der Zeuge heißt Knoll das beste Zeugnis aus.

Nach weiteren unweissenlichen Erörterungen wurde das auf die Verhandlung auf Mittwoch verlagert.

Wiedersehensfeier der 178 er.

Ein wichtiger Gedanktag in der Geschichte der Stadt Ramona war der vergangene 1. April. In diesem Tage vor 30 Jahren wurde Ramona Garnisonstadt. Es war daher ein schöner Gedanke, daß der Militärverein der ehemaligen 178er zur Erinnerung an jenen Tag eine Wiedersehensfeier am Sonntag und Montag veranstaltete. Der Festkomitee am Sonntagabend in Stadt Dresden, der durch ein Konzert der Stadtkapelle verabschiedet wurde, hatte sich eines feierlichen Aufzuges zu erfreuen. Aus allen Teilen des Reichs und sogar von Berlin her waren Angehörige des 178er Regiments gekommen, darunter eine große Zahl von denen, die vor 30 Jahren mit dem neuen Regimente in die Stadt einzogen. Diese wurden wiederholt durch besondere Ehrungen während der Feier ausgezeichnet. Der Vorsitzende des Militärvereins, Herr G. G., begrüßte die Kameraden von nah und fern, die Vertreter der sächsischen Behörden, den einstigen Kommandeur Freiherrn Oberst von Hammerstein, die Vertreter der Brudervereine aus der Provinz und aus Westfalen, der Vaterländischen Verbände, der Offiziersvereinigungen u. a. m., gedachte der Geschichte des Regiments, das aus Teilen der Garnisonregimenter in Dresden und Chemnitz gegründet wurde, und feierte seine Heldentaten während des Weltkrieges im Osten und Westen des besetzten Reiches. Der Geist der Kameradschaft, der sich im Felde so oft bewährt, wachte auch in der Heimat gepflanzt werden. Die Rede kam aus in einem Hoch auf den Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Gesange des Deutschlandliedes. Bürgermeister Dr. G. G. betonte, daß mit dem Einzug des Regiments ein neues Leben in der Stadt begann. Bevölkerung und Regiment vereinigten sich bald zu guten Freunden, und mit Recht konnten die Kamerader die 178er „unser Regiment“ nennen. Er gedachte derer, die für Vaterland und Regiment ihr Leben gelassen. Die Erinnerung an das Regiment und der Geist derselben leben fort, das beweist die zahlreich besuchte Feier. Die zahlreichen Geschichte des Regiments sei mit der Geschichte der Stadt ununtrennlich verbunden. Er brachte ein Hoch auf das Regiment aus. Oberst Freiherr v. Hammerstein, einer der letzten Feldzugskommandeure des Regiments, überbrachte Grüße des Offiziersbundes. Die Anhänglichkeit zum Regiment habe es ihm zur Pflicht gemacht, zu dieser schönen Feier zu kommen. In der heutigen Zeit müßten wir alle aufeinander achten, alle feindseligen Zwistigkeiten beiseite lassen und alles Trennende überbrücken. In solchen Wiedersehensfeiern lebe der alte Geist der Kameradschaft wieder auf, sie seien dann berufen, die Erinnerung zu pflegen und die alte ruhmreiche Tradition hochzuhalten. Seine warmherzigen Worte pflanzten in einem Hoch auf die Kameradschaft. Grüße der Dresdener Kameraden überbrachte Kamerad Tannhäuser. Nach warmer Rede wurde zum Lobe des Regiments geschwiegen und alle Erinnerungen lebten immer neu in der erbeudenden Feiertag.

Der Sonntag begann mit einem Wecken. Es war ein schöner Akt der Feiertag, daß man den Tag nicht vorübergehen ließ, ohne die Toten zu ehren. Man tat dies in feierlicher Weise durch Niederlegung von Kranzen an ihrem Denkmal. Am Nachmittage trafen sich die Kameraden auf dem Quiberge zu einem gelassenen Beisammensein.

„Was mich daran hindert,“ sagte er zögernd, „ist der Widerstand meiner Verlobten. Aber ich hoffe, daß sie diesen Widerstand aufgeben würde, wenn die Jurecht, mit der sie auf meine Freisprechung rechnen, erfüllt werden könnte. Da ich keinem der mir hier beistehenden Rechtsanwälte innerlich nahe genug stehe, um mich mit ihm rückhaltlos über diese Dinge auszusprechen, habe ich dich eben an diesem Morgen brieflich um deinen Besuch gebeten.“

„Aber ich kann unmöglich eine Meinung äußern, ohne den Hergang der Ereignisse und alle Nebenumstände, die für ihre Beurteilung in Betracht kommen könnten, genau zu kennen. Auch dann wird meine Ansicht immer nur den Wert einer Vermutung haben können, Georg!“

„Er strich sich mit der Hand über die Stirn.“

„Ja — ja — natürlich! — Es wäre Narrheit, etwas anderes von dir zu verlangen, denn du bist es ja nicht, der über mich zu Gericht sitzen soll. Aber dergleichen, wenn ich dir in diesem Augenblick keine Einzelheiten erzählen kann, ich weiß nicht einmal, ob ich imstande sein würde, mich auf alles zu besinnen.“

„Es muß ja auch nicht jetzt und nicht heute sein, Georg! — Wenn du mich, wie ich es zuverlässig hoffe, für den Fall eines Strafverfahrens zu deinem Verteidiger bestellen willst, so werde ich es mir selbstverständlich angelegen sein lassen, das erforderliche Material zusammenzubringen, ohne dich selbst über das Maß des unbedingt Notwendigen hinaus in Anspruch zu nehmen. Und es bedarf nicht erst der Versicherung, daß ich jetzt hierbleiben werde, solange meine Anwesenheit dir von irgendwelchem Nutzen sein kann.“

„Er drückte mir die Hand.“

„Ich nehme dein freundschaftliches Erbieten an. Es gibt keinen Menschen auf der Welt, zu dem ich so unbegrenztes Vertrauen hätte wie zu dir. Und ich weiß, daß du meine Sache besser führen wirst, als ich selbst sie führen könnte. Was aber meine Frau betrifft —“

„Er unterbrach sich und erhob sich, um nach dem Kopf zu kratzen.“

„Ich hätte nichts gehört, aber sein Ohr mußte seiner sein als das meine, denn indem er sich in augenfälliger Unruhe erhob, sagte er: „Sie ist da! — Du mußt mir natürlich erlauben, dich ihr vorzustellen.“

„Und er hatte sich nicht getäuscht. Als er die Tür des Arbeitszimmers öffnete, sah ich draußen auf dem matt beleuchteten Gange die Silhouette einer weiblichen Gestalt. Der Regierungsbaumeister trat auf sie zu und erfaßte mit beiden Händen ihre Rechte.“

„Meine liebe, geliebte Rosa! — Du kommst zu mir! — O, wie soll ich dir dafür danken!“

„Sie war meiner offenbar noch nicht ansichtig geworden, und ich hatte mich distanziert so weit als möglich zurückgezogen. Trotzdem mußte ich natürlich jedes ihrer mit leiser Stimme gesprochenen Worte verstehen.“

„Es ließ mir keine Ruhe mehr, Georg! — Du hattest versprochen, um sechs Uhr bei uns zu sein. Und jetzt ist es acht vorbei. Ich fürchte, daß du erkrankt sein könntest, oder —“

„Sie vollendete nicht, und Georg besetzte sich, so von seiner Anwesenheit zu unterrichten.“

„Walter Henning ist gekommen,“ erklärte er hastig, „du weißt ja: mein lieber, treuer Walter. Er will meine Verteidigung übernehmen. Komm herein, Herbert! Es hat dich ja schon verlangt, meinen besten Freund auch von Angesicht zu sehen.“

„Bewachung total.“



Eine tausendjährige Universität.

Die größte Universität des Islam, die Hobe Schule el-Azhar in Kairo, faun auf das ehrwürdige Alter von fast 1000 Jahren zurückblicken. Die Schule verlangt kein Possalenzgeld, und die Studenten, die ihren Lehrkursus erfolgreich absolviert haben, erhalten darüber eine Bekräftigung und können dann selbst das Lehramt ausüben, um so der Schule für die kostenlose Belehrung ihren Dank abzuklagen.



Bettlen in Rom.

Italienisch-ungarischer Freundschaftsvertrag.

Italien und Ungarn haben einen Freundschafts-, Ausgleichs- und Schiedsvertrag geschlossen, zu dessen Unterzeichnung der ungarische Ministerpräsident Bettlen selbst nach Rom gekommen ist. Damit ist Jugoslawien nahezu vollständig eingekreist.



Das Nasenwunder.
Verschönerungs-Operationen.

Gesichtsverschönerungen durch leichte Knochenoperationen sind zwar schon häufig vorgenommen worden, ein Dr. Bourquet in Paris hat jedoch kürzlich das Kunststück fertiggebracht, eine solche Nase, wie links auf unserem Bilde, durch Knochenoperation gänzlich zu verändern und dem glücklichen Besitzer zu einem normalen Aussehen zu verhelfen. Dr. Bourquet soll einen enormen Zulauf haben.



Ministerpräsident Noerescu.

Zur politischen Lage in Rumänien.
Abereden und Bratiannu einig in der Ablehnung Carolis.

Infolge der schweren Krankheit König Ferdinands hatte Noerescu mit dem Führer der Liberalen Partei, Bratiannu, eine Unterredung, die mit der völligen Einigung beider Staatsmänner in allen inner- und außenpolitischen Fragen endigte. Der Beisatz des Kronrates (Thronverzicht Carolis und Einsetzung des Regentenschafts) bleibt unverändert in Kraft.



Der neuernannte Handelsvertreter der Sowjetrepublik in Berlin.

In Berlin traf der für Deutschland neuernannte Handelsvertreter der Sowjetrepublik, Fuchs, ein. Handelsvertreter Fuchs war bisher der sowjetische Volkskommissar für Landwirtschaft.

Bermischtes.

Folgeschwerer Sturm auf dem Schwarzen Meer. Wie aus Moskau gemeldet wird, tobt auf dem Schwarzen Meer ein schwerer Sturm, dem das griechische Schiff Alexandros zum Opfer gefallen ist. Die Geschwindigkeit des Windes beträgt 17 Sechundenmeter.

Eisenbahnunfall bei Bordeaux. In der Nähe von Bordeaux ereignete sich gestern Abend ein Eisenbahnunfall, der leicht schlimmere Folgen hätte haben können. Auf einem Wagen eines auf einem Nebengleis fahrenden Güterzuges hatte sich die Befestigung einer Ladung Kisten zerlegt, so daß die Kistenstücke von drei Wagen des entgegenkommenden Schnellzuges Bordeaux-Paris eingedrückt wurden. Eine Frau wurde leicht verletzt. Kurz darauf entgleiste der Wagen mit den Kisten, wodurch neun andere Wagen ebenfalls aus den Schienen gehoben wurden und umstürzten.

Schwerer Autounfall. Zwei Tote und sechs Schwerverletzte. Als gestern Vormittag gegen 10 Uhr auf der Landstraße zwischen Dedenheim und Bensheim zwei Personenkraftwagen in schneller Fahrt einander überholen wollten, verfielen sie sich mit den Rädern und überschlugen sich mehrere Male. Zwei Insassen waren sofort tot, sechs andere Mitfahrende erlitten schwere Verletzungen.

Ein Motorradfahrer getötet. In einem Dorf bei Mailand überfuhr ein Motorrad mit Beiwagen einen Passanten, worauf sich die Beiwagen zusammenrottete und dem Fahrer des Motorrades mit Stößen die Hirnschale zertrümmerte, so daß er sterbend ins Krankenhaus gebracht wurde.

Im Kampf mit Gendarmen erschossen. Am 31. März war, wie gemeldet, auf die Agrarant in Vello-Buischa von vier Männern ein Raubüberfall gemacht worden, bei dem ein Bauernsohn von den Räubern getötet wurde. Während der Verfolgung hatten die Verbrecher zwei Gendarmen-Wachtmeister erschossen. Am nächsten Tage war es gelungen, einen Räuber festzunehmen, während der andere Selbstmord beging. Gestern ist ein weiteres Mitglied der Bande im Buchower Bezirk erschossen worden. Bei dem vorausgegangenen Raub wurden drei Personen schwer verwundet, davon eine tödlich; mehrere und ein Gendarm wurden leicht verwundet. Bei dem Verbrecher wurden 40000 Kronen vorgefunden.

Raubüberfall auf einen französischen Geislichen. Nach einer Davadmeldung aus Neuchâtel ist in der Nähe der französischen Grenze auf laarländischem Gebiet ein französischer Geislicher mit Koffern und sonstigen Verlegenheiten auf dem Eisenbahnkörper liegend bewusstlos auf. Man nimmt an, daß der Geisliche im Zuge überfallen, beraubt und dann auf die Schienen geworfen worden ist.

Mit seinen Kindern in den Tod. Am Comer-See stürzte sich ein Arbeitsloser mit seinen beiden Kindern im Alter von acht und zehn Jahren ins Wasser. Alle drei ertranken.

Als fälscher Rechtsanwalt aufgetreten. Noch nie seien sie von einem Menschen in ihrer gesamten Gerichtspraxis so beschwindelt worden, erklärten die Richter Prof. Dr. Strauch und Dr. Bürger gestern in einer Verhandlung gegen den 1880 in Grünberg geborenen Büroschreiber Hermann Ebert, der sich unbedeutend als Rechtsanwalt ausgegeben und eine ganze Reihe von Prozessen beim Zivil- und Strafgericht verlustvoll geführt hat. Das Schöffengericht berücksichtigte, daß Ebert nach dem übereinstimmenden Gutachten ein von krankhafter Lügenlust befallener nervenschwacher Diktator ist und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten einer Woche Gefängnis, davon kamen zehn Wochen auf die Untersuchungshaft in Abrechnung. Für den Rest erhielt der Angeklagte Bewährungsstrafe und wurde aus der Haft entlassen.

Die betrogene Strafanstalt. Die Verwaltung des Zentralgefängnisses Freudenle hatte im Jahre 1925 von dem Kaufmann Eduard Rad aus Frankfurt für 12000 Mark Papier und zwar zum Preise von 148 Mark für je 100 Kilogramm, während der handelsübliche Preis damals etwa 100 Mark betrug. Rad, der früher Strafanstaltsbesitzer gewesen war und die Druckereigeschäfte der Anstalt kannte, hatte sich einen solchen Belegbogen herstellen lassen und unter der Firma Papierfabrik Georg Schmidt aus Bruchköbel bei Hanau Angebot an die Strafanstalt eingereicht. Die Vorfälle wurden untersucht und kamen vor das Limburger Schöffengericht. Dieses verurteilte Rad zu neun Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe wegen Betruges und Beamtenehebrechung, den Beamten Schmidt zu 300 Mark Geldstrafe. Die angeklagten Beamten des Zentralgefängnisses, Bürger und von Berner wurden freigesprochen.

Die Teesünder von Tunis. In einigen Gegenden Tunesiens betreibt man das Teetrinken mit einem so leuchtenden Rausch, daß die Herren der Barier Arabischen Gesellschaft dazwischen zu schweigen genötigt sind. Wie Dr. Dingwall in der letzten Sitzung der gelehrten Körperschaft ausführte, hat der Teetrunk in Tunesien seit zehn Jahren beträchtlich zugenommen, daß sich bereits bei zahlreichen Eingeborenen gesundheitliche Schäden nachweisen lassen: Störungen des Verdauungstraktes und des Blutkreislaufes, Nervenerregung und allgemeine Schwäche. Außerdem wurde in den Gegenden, in denen ein mäßiges Tee getrunken wird, ein Sinken der Geburtenziffer, Arbeitsunlust, Verschwendungssucht und zunehmende Neigung

zum Diebstahl festgestellt. Dingwall schlug eine wachbrückliche Antitepropaganda durch Plakatschläge, Aufklärungsfilme und Vorträge von Ärzten und Geistlichen vor, um den verheerenden Wirkungen des übermäßigen Teegenusses Einhalt zu tun.

Warum sind die Männer schweigsamer als die Frauen. Auf diese Frage hat ein zwölfjähriger englischer Junge in einem Schulaufsatz eine recht poetische Antwort gefunden, die von einem Londoner Blatt zum Ergötzen der Leser wiedergegeben wird. „Das männliche Geschlecht ist schweigsamer als das weibliche. Wir erfahren die Ursache aus der Schöpfungsgeschichte, denn der Mann wurde aus dem Staube der Erde geschaffen, das Weib aus den Rippen des Mannes. Nimm einen Sod mit Staub und wirf ihn in ein Poch, du wirst nur einen leisen Plumps vernehmen. Wenn du aber einen Sod mit Knochen hinunterwirft, hörst du ein hartes Geräusch. Staub ist weniger lärmend als Gebein!“

Geschichtliche Gräberunde. In Mohen wurden neuerdings acht germanische Gräber gefunden. Schon vor einem Jahre wurden durch den dortigen Geschichts- und Altertumsverein 36 Gräber aufgedeckt. Es handelt sich um Brandbestattungen, die zu Julius Cäsars Zeiten vorgenommen worden sind. Die Funde sind für die germanische Frühgeschichte von höchster Wichtigkeit.

Die Honorare Goethes und Schillers. In einer Zeit, wo sich jeder Schaffende darüber beklagt, daß mit geringerer Arbeit mehr oder gar kein Geschäft zu machen sei, ist es interessant, zu hören, wie diese Dinge vor hundert und mehr Jahren lagen. Interessant und B. die Honorare, die Goethe von seinem Verleger Cotta erhalten hat: Für die „Wahlverwandtschaften“ bekam er 25000 Taler, für „Dichtung und Wahrheit“ 12000 Taler. Die erste Ausgabe der Werke vom Jahre 1806-08 honorierte Cotta mit 10000 Taler. Acht Jahre später erhielt er für die neue zwanzigbändige Ausgabe der Werke 16000 Taler. In den Jahren 1785-1865 wurden von Cotta an Goethe 401000 Mark, an Goethes Erben 464474 Mark gezahlt. Die aus den Theateraufführungen stehenden Einnahmen waren im allgemeinen geringer. Vom Berliner Nationaltheater erhielt Goethe von 1790-1810 für „Iphigenie“, „Die natürliche Tochter“ und die Bearbeitung von „Romeo und Julia“ insgesamt 115 Taler und 4 Groschen. „Camont“, „Laffo“ und „Johanne“ wurden in Berlin ohne Donor aufgeführt, „weil diese Werke schon lange vorher im Druck erschienen waren“. — Schiller hingegen war nicht so sehr „launisch“ wie Goethe. Schiller bekam von Cotta für „Maria Stuart“ 900 Gulden, für die „Braut von Messina“ 1620 Gulden, für „Wilhelm Tell“ auch 1620 Gulden. Im ganzen zahlte Cotta an Schiller und dessen Erben 276000 Mark.

